Freitag, 19. Mai. (Abend-Ausgabe.)

Danziger Zeitung.

№ 9742.

Die „Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Ketterhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 ℳ, durch die Post bezogen 5 ℳ — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 ₰ — Die „Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

Telegramme der Danziger Zeitung.

London, 19. Mai. Im Oberhaus theilte Graf Derby gestern mit, die Pforte habe betreffs des Mordes der Consuln in Salonichi durchaus dem ernsten Falle entsprechende Absichten zu erkennen gegeben und Alles gethan, um die Bestrafung der Schuldigen zu sichern und für das Geschehene Entschädigung zu leisten. In Folge der Mittheilungen des englischen Botschafters in Konstantinopel wurde ein englisches Geschwader angewiesen, sich nach der Besikabay zu begeben. Die unter der muselmännischen Bevölkerung in Constantinopel hervorgetretene Aufregung habe merklich abgenommen.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Ems, 18. Mai. Die Kaiserin Augusta traf heute Nachmittag zum Besuch des Kaisers Alexander von Rußland hier ein, nahm bei demselben das Diner ein und kehrte darauf nach Coblenz zurück.

München, 18. Mai. Bei der in Folge der Cassation der Wahlen für München I. heute stattgehabten Neuwahl von Wahlmännern wurden 249 liberale und 35 ultramontane Wahlmänner gewählt. Durch dieselben werden 10035 liberale und 5007 ultramontane Stimmen repräsentirt. Bei der vorigen, am 4. d. M. kassirten Wahl waren 228 liberale und 56 ultramontane Wahlmänner gewählt worden.

Versailles, 18. Mai. Die Deputirtenkammer setzte die Berathung der Amnestievorlage fort. Der Antrag Raspail's auf Ertheilung einer vollständigen Amnestie wurde mit 394 gegen 52 Stimmen abgelehnt. Die Rede Raspail's, in der er seinen Antrag begründete und die Mitglieder der Commune zu rechtfertigen suchte, war von zahlreichen Unterbrechungen begleitet.

Kopenhagen, 18. Mai. Das Folkething beschloß heute, ein Comité zu wählen, welches mit der Regierung über eine andere, von der Regierungsvorlage abweichende Basis für die Verhandlungen in der Befestigungsfrage unterhandeln soll. Der Führer der Opposition wies darauf hin, daß eine Aenderung des Systems die nothwendige Consequenz der neuen Wahlen sei. Der Conseil-Präsident erklärte, die Regierung suche nach einem Uebereinkommen, bevor sie die Angelegenheit fallen lasse. Die Minister würden zurücktreten, wenn andere Männer im Stande sein sollten, die nothwendigen Vertheidigungsmaßregeln herbeizuführen.

London, 18. Mai. Nach aus Kingston auf Jamaica eingetroffenen Nachrichten vom 16. d. ist General Salomon in Les Cayes zum provisorischen Dictator von Hayti ausgerufen worden.

Abgeordnetenhaus.

58. Sitzung vom 18. Mai.

Auf der Tagesordnung steht in erster Linie folgende Interpellation des Abg. Franz: „Nach der am 15. April d. J. erfolgten Verhaftung des Pfarrers Jaros in Zottwitz bei Ohlau war auf Anordnung des zuständigen Erzpriesters Beer in Ohlau die Uebertragung der consecrirten heiligen Hostien aus der Pfarrkirche zu Zottwitz in die Pfarrkirche zu Ohlau bewirkt worden. Die Uebertragung erfolgte in einem der Ohlauer Pfarrkirche zugehörigen Kelche durch einen Geistlichen. Am 18. April fand bei dem Erzpriester Beer in dessen Abwesenheit eine Haussuchung statt; dieselbe wurde ohne Beiziehung eines Mitgliedes des Kirchenvorstandes auch auf die Kirche ausgedehnt. Auf Verlangen der mit der Haussuchung beauftragten zwei Polizeibeamten schloß der Glöckner die Kirche auf; der Gensd'arm öffnete die Tabernakel des Hochaltars und des St. Anna-Altars, nahm aus letzterem eine größere und eine kleinere heilige Hostie heraus und trug dieselben in der Hand nach dem Bureau des Landrathsamtes, um sie dem in Zottwitz domicilirenden suspendirten Geistlichen Neumann zur Recognoscirung vorzulegen. Nachdem dies geschehen, wurden die heiligen Hostien von den Polizeibeamten wieder in die Kirche zurückgetragen und in das Tabernakel gelegt. — Ist der Staatsregierung dieser Vorfall bekannt? Welche Maßnahmen gedenkt die königliche Staatsregierung zu treffen, um dergleichen Uebergriffe, welche das religiöse Bewußtsein auf das Empörendste verletzen, für die Zukunft zu verhindern?"

Abg. Franz: Ich muß voraussetzen, daß Ihnen Allen das katholische Dogma bekannt ist, wonach die Hostie der wahre Leib unseres Herrn Jesu Christi also das größte Heiligthum der katholischen Christen ist. Für diese fordere ich Rechtsschutz und verlange ebenfalls, daß die Dogmen der Kirche von den Behörden respectirt werden. In Folge des erwähnten Dogmas bestehen bindende Vorschriften, wonach jede andere Berührung der Hostien als zu kirchlichen Zwecken als eine Profanation erscheint. Das Heiligste, vor dem der gläubige Katholik sich niederwirft, ist von den Organen der Polizei mit profanen Händen entweiht worden, und ich fordere im Namen der gesammten katholischen Bevölkerung, daß eine solche traurige Folge des Culturkampfes von dem Minister gemißbilligt werde, und daß er Maßregeln treffe, derartigen Vorkommnissen in der Zukunft vorzubeugen.

Der Minister des Innern: Der Pfarrer Jaros in Zottwitz suspendirte im März d. J. den ihm beigegebenen Caplan Neumann auf Grund einer zu Anfang des Jahres 1873 vom Fürstbischof Förster ihm ertheilten Vollmacht. Neumann beantragte bei dem kirchlichen Gerichtshofe die Erklärung der Ungültigkeit der Suspension, weil inzwischen der Fürstbischof abgesetzt worden und ferner ihm keine abschriftliche Entscheidung unter Angabe von Gründen mitgetheilt worden sei, wie es die neueren Gesetze erfordern. Aus diesen Gründen wies auch das Kreisgericht zu Ohla die Klage des Jaros auf Exmission Neumanns ab. Am 9. April wohnte dieser in bürgerlicher Kleidung dem Gottesdienste bei. Jaros bemerkte ihn und rief der versammelten Gemeinde zu: Jesus Maria! rettet Eure Kirche! Neumann wurde beschimpft und verließ die Kirche. Der Vorsitzende des nach dem Gesetz vom 20. Juni v. J. eingesetzten Kirchenvorstandes und Neumann beantragten die Bestrafung des Jaros, der auf Beschluß des Kreisgerichts am 15. April Mittags verhaftet wurde. An demselben Tage erschien der Interpellant mit der Schwester des Jaros in der Wohnung des Erzpriesters Beer zu Ohlau und übergab ihm die Schlüssel zum Tabernakel des Altars in jener Kirche mit dem Bemerken, er müsse ja wissen, was er als Geistlicher zu thun habe, um die Hostien vor Profanation zu schützen. Beer unterließ nach Rücksprache mit einem Kreissecretär die Wegschaffung der Meßgeräthe, um sich nicht einer Bestrafung auszusetzen. An demselben Abend traf der Caplan Müller aus Laukendorf bei dem Erzpriester Beer ein und erbot sich zur Abholung der Hostien, was er auch in einem von Beer gemietheten Wagen that. Dem Landrathsamte war davon nichts bekannt. Drei Tage später ging von dem Vorsitzenden des Zottwitzer Kirchenvorstandes bei dem Landrathsamte zu Ohlau die Anzeige ein, daß alle zum Gottesdienste bestimmten Geräthe aus der Kirche entwendet seien und sich bei Beer befänden. Es wurde die Bestrafung der Schuldigen und sofortige Herbeischaffung der Sachen beantragt, da sonst kein Gottesdienst abgehalten werden könnte. Der Landrath übersandte dem den Staatsanwalt vertretenden Kreisgerichtsrath die protokollarische Anzeige mit dem Ersuchen der Genehmigung einer Haussuchung nach den Gegenständen bei Beer, dessen Wirthin und in der Kirche. Die Genehmigung wurde ertheilt und die Haussuchung durch den städtischen Polizeisecretär und einen Gendarmen ausgeführt. Aus dem Protokoll darüber geht hervor, daß in der Wohnung des Beer, der verreist war, in Anwesenheit seiner Wirthin Leuchter, Meßgeräthe und Kelche mit Beschlag belegt wurden. und daß bei der Haussuchung in der Kirche von dem Glöckner aus einem Kästchen des linken Seitenaltars ein Papier übergeben wurde, welches zwei große und eine kleinere Hostie enthielt, die der Kirche in Zottwitz gehören sollten. Diese Hostien wurden in den Kasten zu den andern Gegenständen gethan, der Kasten nach dem Landrathsamt geschafft und, da der dort anwesende Neumann die Sachen als nach Zottwitz gehörig nicht recognosciren konnte, auf Anordnung des Landraths wieder in die Wohnung des inzwischen zurückgekehrten Beer zurückgebracht. Dieser erklärte, daß die Hostien und zwei kleine Kästchen, welche die Oelgefäße enthielten, der Kirche in Zottwitz zugehörten. Die Angelegenheit wurde von dem Landrath dem stellvertretenden Staatsanwalt und von diesem der Staatsanwaltschaft in Strehlen übergeben. Diese nahm an, daß ein Diebstahl nicht vorliege, und daß Beer und Müller sich nur durch Fortnahme der geweihten Hostien einer unbefugten Amtshandlung im Sinne des Art. 2 des Declarationsgesetzes vom 21. Mai 1874 schuldig gemacht hätten. Ich muß nach dieser Darstellung constatiren, daß die Kirche nicht verwaist war, und daß das Landrathsamt sich nicht ohne Befugniß eingemischt hat, da es von dem Zottwitzer Kirchenvorstand angerufen worden ist, auch hat der Gensdarm den Schrank nicht geöffnet und die Hostien herausgenommen, sondern sie von dem Glöckner in Papier eingewickelt erhalten. Wenn Sie glauben, daß die richterlichen Behörden keine richtigen Beschlüsse gefaßt haben, so bleibt Ihnen der Weg der Beschwerde an die vorgesetzte Justizbehörde, wo ja nach Recht und Gewissen entschieden werden wird. Hier noch etwas Weiteres zu erklären, finde ich mich nach dieser Darstellung weder veranlaßt noch berechtigt. (Bravo! links. Zischen im Centrum.)

Bei der darauf folgenden Debatte giebt der Abg. Franz zu, selbst bei dieser Angelegenheit thätig gewesen zu sein; die vom Minister angeführten Thatsachen seien für den Gegenstand der Beschwerde gleichgiltig, welche sich darauf richte, daß geweihte Hostien von ungeweihten Händen der Polizei angefaßt seien. — Abg. Züttner erörtert, daß die Vorfälle in der Zollwitzer Gemeinde auf die herrschende Spannung zwischen Jaros und Neumann zurückzuführen seien. Die Hostien seien übrigens nicht mit der Hand angefaßt, sondern in einem Kästchen fortgetragen. — Abg. Windthorst (Meppen): So einfältig und so dumm können die niedrigsten Polizeiorgane nicht sein, daß sie nicht wissen sollten, daß im Tabernakel aufbewahrte heilige Hostien so, wie sie hier behandelt wurden, nicht behandelt werden dürfen. Ich constatire vor diesem Hause und dem Lande, daß der Minister des Innern auf derartige Vorgänge erklärt: ich habe keinen Tadel für diese Beamten, ich nehme sie in Schutz. Ich gratulire Preußen zu einer solchen Verwaltung. — Der Minister des Innern: Das Urtheil des Vorredners über die Polizeibeamten habe ich nicht genau verstanden, ich habe nur aus dem Eindruck im Hause entnommen, daß es ein außerordentlich abfälliges gewesen ist. Ich gebe zu, daß die ganze Angelegenheit eine peinlich berührende ist, ich kann aber nach der Sachlage einen directen Vorwurf gegen die betheiligten Beamten nicht erheben, und wenn Sie hier von mir fordern, ich solle erklären, ich würde nun und nimmermehr leiden, daß bei einer Haussuchung eine Hostie in polizeiliche Hände komme, so kann ich das nicht; ich würde den Gerichten in einer eclatanten Art präjudiciren und in den Fall kommen, daß diese bei der nächsten Gelegenheit sagten, diese Erklärung sei falsch und unberechtigt.

Zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst.

Der Referent Nasse weist darauf hin, daß die Majorität der Commission der Ansicht gewesen sei, die Vorlage auch auf die Prüfung der Justizbeamten auszudehnen. Das Gesetz vom 6. Mai 1869 über die juristischen Prüfungen habe mancherlei Mängel gezeigt. Dasselbe schreibe vor, daß den Gegenstand der ersten Prüfung bilden sollen: die Disciplinen des öffentlichen und Privatrechts und der Rechtsgeschichte, so wie, die Grundlagen der Staatswissenschaften. Dieser letztere Ausdruck sei unklar, und in Folge dieser Unbestimmtheit entspreche thatsächlich das erste juristische Examen gar nicht der Tendenz des Gesetzes, da die Prüfungs-Commissionen das Gebiet der Nationalökonomie so gut wie niemals, das allgemeine Staatsrecht in der Regel nur nebenher in ihren Fragen berührten. Gleichwohl sei ein eingehenderes Studium der Nationalökonomie auch für Juristen fast allseitig als sehr wünschenswerth anerkannt worden. Die Commission habe deshalb unter Aufhebung des Gesetzes vom 6. Mai 1869 die Vorlage auf die Prüfung der Justizbeamten ausgedehnt, wodurch gleichzeitig der Vortheil erreicht werde, daß die bisherige Befugniß des Justizministers die speciellen Gegenstände der mündlichen Prüfung durch Regulativ selbstständig festzusetzen, auf das gesammte Staatsministerium übertragen werde. Der Vorschlag der Regierung, ein besonderes Tentamen in der Staatswissenschaft und Nationalökonomie beim Uebertritt der Gerichtsreferendare in den Vorbereitungsdienst bei den Verwaltungsbehörden einzuführen, habe in der Commission gar keinen Anklang gefunden. Da kein Zweifel darüber bestehen könne, daß die Universität der geeignete Ort für diese Studien sei, so müsse die Prüfung über das Resultat derselben unmittelbar auf das akademische Triennium folgen. Denn bei der Kürze der Studienzeit und dem Vielen, was die akademische Jugend vom ersten Arbeiter abziehe, werde, wenn am Ende der Studien nur eine juristische Prüfung stehe, dagegen die staatswissenschaftliche noch zwei Jahre hinausgerückt und durch die Bezeichnung als Tentamen überdies als eine weniger gründliche charakterisirt sei, die Beschäftigung mit den Staatswissenschaften und der Nationalökonomie auf der Universität in der Regel nur eine sehr oberflächliche sein. Man werde dann die Anforderungen in dem Tentamen, welches der Gesetzentwurf in Aussicht nehme, auf ein Minimum beschränken müssen, wie das früher bei der Referendariatsprüfung, die vielfach nur ein Schein gewesen, geschehen sei. Aus diesen Gründen habe die Commission beschlossen, die §§ 1 bis 5 des Gesetzes vom 6. Mai 1869 unter Abänderung der zweifelhaften Ausdrücke in die Vorlage aufzunehmen. — Die §§ 1 und 2 der Vorlage sind dem entsprechend von der Commission umgeändert und §§ 2a, 2b und 2c hinzugefügt. — Abg. Wisselinck beantragt die von der Commission beschlossene Ausdehnung der Vorlage auf die Justizbeamten zu beseitigen und demgemäß die Paragraphen zu fassen: § 1. Zur Erlangung der Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst ist ein mindestens dreijähriges Studium der Rechte und der Staatswissenschaften und die Ablegung zweier Prüfungen erforderlich. § 2. Die erste Prüfung besteht aus einem Theile aus der ersten juristischen, für deren Ablegung die §§ 1 bis 5 und 14 des Gesetzes vom 6. März 1869 maßgebend sind, zum anderen Theile aus einer staatswissentlich-national-ökonomischen Prüfung, in welcher der Kandidat darzuthun hat, daß er sich mit der Volks- und Staatswirthschaftslehre beschäftigt und eine allgemeine staatswissenschaftliche Bildung erworben hat. Zur Abhaltung der letzteren, welche aus einer schriftlichen und mündlichen Prüfung besteht, sind bei jeder Universität besondere Prüfungscommissionen zu ernennen. Die staatswissenschaftlich ökonomische Prüfung kann von den Candidaten nach Beendigung der Universitätsstudien abgelegt, sie kann von den Referendarien der Justiz auch während der Vorbereitungszeit bei den Gerichtsbehörden nachgeholt werden. § 2a. Die zweite Prüfung für den höheren Verwaltungsdienst ist bei der Verwaltungs-Commission abzulegen." — Abg. Windthorst (Bielefeld) beantragt die einfache Widerherstellung der Regierungsvorlage. — Reg.-Comm. Herrfurth erklärt, daß die Regierung, geleitet von dem Wunsche, das Gesetz zu Stande zu bringen, sich mit den Beschlüssen der Commission einverstanden erkläre, mit alleiniger Ausnahme der Bestimmung des § 14 Nr. 3, wonach das Gesetz auch Anwendung finden soll auf die Besetzung der Stellen der Landräthe, Kreis- und Amtshauptmänner.

Abg. Köhler (Göttingen). Im Gegensatz zu der eben gehörten Erklärung des Reg.-Commissars habe die Regierung in der Commission erklärt, daß sie eine Prüfung der Juristen in der Nationalökonomie nicht für nöthig halte. Redner muß auch noch jetzt das Bedürfniß bestreiten, daß Justizbeamte sich eingehend mit Nationalökonomie zu beschäftigen hätten.

Abg. Richter (Hagen): Bereits im vorigen Jahre ist das Gesetz an einem übertriebenen Ressortpatriotismus gescheitert. Der Hauptzweck der Commissionsbeschlüsse sei der, den in dem Gesetze vom 6. Mai 1869 über die Prüfung der Justizbeamten enthaltenen unklaren Ausdruck „Grundlagen der Staatswissenschaften" schärfer zu präcisiren, um den Examinationsbehörden Anlaß zu geben, ein größeres Gewicht auf das Vorhandensein volkswirthschaftlicher Kenntnisse zu legen. Schon Robert v. Mohl habe darauf hingewiesen, daß es heutigen Tages nicht mehr möglich sei, die Welt ausschließlich mit Pandekten zu regieren. Die im Handelsstande so vielfach hervorgetretene Opposition gegen die zünftigen Juristen habe vorzugsweise ihren Grund in dem Mangel an Kenntniß der wirthschaftlichen Verhältnisse, der einen großen Theil unserer richterlichen Beamten characterisire. Diese Opposition gehe vielfach über die berechtigten Grenzen hinaus, habe aber doch einen wahren Kern. Er bitte deshalb das Haus, den Beschlüssen der Commission beizutreten und insbesondere das Amendement Wisselinck, das in seiner Trennung des juristischen von dem staatswissenschaftlichen Theile der Prüfung geradezu widersinnig erscheine, abzulehnen.

Abg. Gneist: Die Staatswissenschaften sind zwar ein sehr wünschenswerthes Element unserer Beamtenbildung, trotzdem dürfen wir aber hier nichts Unausführbares in das Gesetz hineinbringen und die Sache nicht schlimmer machen als sie schon ist. (Sehr wahr!) Da ich der Meinung bin, daß man im Gesetze möglichst wenig über das sagen soll, was eigentlich der Methode der Wissenschaft angehört, so bitte ich, namentlich alle Clauseln wegzulassen, die sich auf das erste juristische Examen beziehen, da die Reichsgesetzgebung sich mit dieser Frage beschäftigen wird, welche Rücksicht auf die Verhältnisse aller deutschen Länder zu nehmen hat. Allerdings ist es wünschenswerth, daß der Student der Rechte sich schon auf der Universität mit Staatswissenschaften befasse; was heißt aber: er soll in denselben examinirt werden? Ich bin seit einem Menschenalter Examinator und habe nie einen Unterschied bemerkt in der Ausführung der Prüfung je nach der einen oder anderen Wortfassung des Gesetzes. Wenn Sie einfach hineinschieben: die Juristen sollen künftig auch staatswissenschaftlich examinirt werden, so glaube ich vorher sagen zu können, daß die Sachen in jeder Beziehung unvollkommener und schlimmer werden als sie jetzt sind. Diese Dinge lassen sich nicht durch Gesetze machen, denn es fehlt an allen Momenten, um die von dem Abg. Richter befürworteten Vorschläge in's Leben zu führen. Unsere heutigen Vorbereitungen zur Ausbildung des praktischen Juristen sind so umfangreich, daß wir außer Stande sind, in 5 oder 6 Stunden eine Mehrzahl von Candidaten genügend zu prüfen. Wir müssen Hauptmaterien weglassen, wenn nicht das Examen in allen wichtigen Gebieten ein ganz oberflächliches Scheinexamen werden soll. Die Sache wird doppelt schlimm, wenn Sie nun noch die Staatswissenschaften hinzufügen. Hierzu kommt, daß es an Examinatoren fehlt. Schon bei der juristischen Prüfung steht es sehr kritisch; wollen Sie nun noch Examinatoren haben, die Staatswissenschaften prüfen, so behaupte ich, daß die Mehrzahl der jetzigen Herren Examinatoren ein solches Examen selbst nicht bestehen würde. (Heiterkeit.) Sie verderben das ganze Examen, indem Sie die Prüfungscommission nöthigen, die Fragen auf einen leichten Fuß zu setzen und sich mit Formalien zu begnügen, mit einigen allgemeinen Antworten etwa im Stil eines Conversationslexikons. Und dann denken Sie doch an die jungen Leute, die alle die Dinge zu einem Examen lernen sollen. Um unsere juristischen Disciplinen genügend zu erfassen, reichen drei Jahre im Durchschnitt nicht mehr aus (Sehr wahr!) namentlich für diejenigen, die ein Jahr dem militärischen Freiwilligendienst widmen, und also höchstens 2¼ Jahr wirklich studiren. Wollen Sie dahin wirken, daß unsere Juristen und Beamten Staatsrecht, Verwaltungsrecht und Staatswissenschaften ernstlicher betreiben, als bisher, so muß dafür eine Sonderprüfung eingeführt werden, für die man die sehr wenigen geeigneten Examinatoren in Preußen wird zusammensuchen müssen. Manche Studirende können aber nun die dazu erforderlichen Collegien gar nicht hören, weil sie auf den kleineren Universitäten öfter nicht gelesen werden, manche sind auch kaum im Stande, die eigentlich juristischen Disciplinen zu bewältigen; warum soll da denn nicht dem jungen Manne ein gewisser Spielraum gelassen werden, ob er die staatsrechtliche und staatswissenschaftliche Prüfung vom folgenden Tage oder über ein oder zwei Jahre besteht? Von diesem Gesichtspunkt gewährt der Antrag Wisselinck die meiste Latitude. Die Vorschläge der Commission kommen mir so vor, als wenn Jemand, der über Gymnasial- und Realunterricht streiten hört, den freundlichen Vorschlag machen wollte: drückt doch eure Liebe zur Wissenschaft dadurch aus, daß ihr sagt, der junge Mann muß beide Curse zugleich machen. (Heiterkeit.)

Abg. Klöppel drückt seine Verwunderung darüber aus, daß der Abg. Gneist den früher von ihm selbst verfochtenen Gedanken jetzt bekämpfe. Man könne ja bei einem so ernsten Examen die Prüfung auf mehrere Tage ausdehnen, man könne das vierte Studienjahr hinzufügen und es von dem Vorbereitungsdienst der Referendarien wegnehmen, die ja den größten Theil des Tages in Kaffeehäusern verbrächten. Eigentlich practisch lernten die Juristen erst von dem Tage an, wo sie unter eigener Verantwortlichkeit arbeiteten. Man befreie doch die Pandekten-Vorlesungen von unnützem Ballast ebenso wie die dogmatischen Vorlesungen, und die jungen Leute werden Zeit genug zu national-ökonomischen Studien haben.

Abg. Frhr. v. Mantenffel hätte eine Verbesserung unserer jetzigen Studienverhältnisse namentlich dahin gewünscht, daß das Wesen der sogen. Pressen untergraben würde. Nach den jetzigen Verhältnissen kann von dem Ergebniß des Examens auf die Befähigung des Kandidaten nicht geschlossen werden. Die Vorbereitungen für den Justiz- und Verwaltungsdienst könne man nicht auf gleiche Weise regeln.

Abg. Windthorst (Bielefeld): Es sind durch die Commission aus einem früheren Gesetze über die Vorbereitung zum Justizdienst einzelne Paragraphen herausgegriffen worden und in eine Materie hineingeschoben worden, wohin sie nicht gehören. Wir stimmen überein, daß jetzt größere Anforderungen gestellt werden. Ist das wahr, dann decretire man ein viertes Studienjahr, oder man mache das Gesetz nur für Verwaltungsbeamte und lasse die armen Juristen ungeschoren, die jetzt leidlich mit ihrem Examen zufrieden sind.

Abg. Wisselinck befürwortet sein Amendement mit der Erwägung, daß ein dreijähriges Studium nicht genüge zur vollständigen Aneignung der rein juristischen Materien, um so weniger, wenn die staatswissenschaftlichen Fächer dazu kommen sollen. Nun ist nicht einzusehen, weshalb der junge Mann die ersten Jahre seiner praktischen Thätigkeit nicht dazu benutzen soll, die Lücken in seinen staatswissenschaftlichen Kenntnissen auszufüllen. Das Tentamen verliert ja seine unangenehmen Reminiscenzen, wenn es vor einer staatlichen Prüfungscommission und nicht wie früher bei den Regierungscollegien abgelegt wird.

Abg. Windthorst (Meppen) würde ohne Ausnahme von allen Candidaten erst ein juristisches Examen verlangen. Ein tüchtiger Jurist wird meistens ein guter Verwaltungsbeamter sein, und man könnte die Verwaltungsbeamten aus der Juristenhierarchie nehmen. Man kann für die Verwaltungscarriere ein besonderes zweites Examen einführen. Will man gleich ein erstes Examen für den Verwaltungsbeamten machen, so lasse man die bereits überbürdeten Juristen damit verschont. Die zu gleicher Zeit freiwillig Dienenden studiren nicht zwei Jahr, wie Abg. Gneist sagt, sondern nur ein Jahr, denn ein Jahr kneipen sie (Heiterkeit), und ich würde den bedauern, der das nicht thut. (Heiterkeit.)

Darauf wird § 1 in der Fassung des Antrages Wisselinck (welcher an die Stelle der §§ 1 bis 2d der Commissionsvorschläge tritt) angenommen. Da nach dem Wortlaut dieses Beschlusses denn auch der § 2 der Regierungsvorlage beseitigt ist, so hält der Präsident die vom Abg. Windthorst (Bielefeld) gewünschte Abstimmung über § 2 der Regierungsvorlage für formell unzulässig. Nach einer langen Geschäftsordnungs-Debatte bringt Abg. Windthorst (Bielefeld) diesen Paragraphen als neuen, selbstständigen Antrag ein, der darauf mit sehr großer Majorität angenommen wird. Er lautet: „Die erste Prüfung ist die erste juristische, für deren Ablegung die §§ 1 bis 5 und 14 des Gesetzes vom 6. Mai 1866 maßgebend sind. Die zweite Prüfung — große Staatsprüfung — ist bei der „Prüfungscommission für höhere Verwaltungs-Beamte" abzulegen." Die §§ 3–8 werden mit den als Consequenz der vorangegangenen Beschlüsse nothwendigen Modificationen genehmigt.

§ 9: „Die zweite Prüfung ist eine mündliche und eine schriftliche. Die Prüfung erstreckt sich auf das in Preußen geltende öffentliche und Privatrecht, insbesondere das Verfassungs- und Verwaltungsrecht, so wie auf die Volkswirthschafts- und Finanzpoli[illegible]. Bei der

Prüfung kommt es darauf an, festzustellen, ob der Candidat für befähigt und gründlich ausgebildet zu erachten sei, im höheren Verwaltungsdienste eine selbstständige Stellung mit Erfolg einzunehmen".. — Abg. Knebel will diesem Paragraphen hinzufügen: „und auf die Kenntniß der bestehenden Wirthschaftsverhältnisse der Landescultur, der Industrie und des Handelsverkehrs". — Unter Ablehnung des Antrages Knebel wird sodann § 9 in der Fassung der Commissionsbeschlüsse angenommen. § 10 wird ohne Debatte genehmigt und die Debatte über die §§ 11, 12 und 13 vorläufig ausgesetzt. — Hierauf vertagt sich das Haus bis Freitag

Herrenhaus.

7. Sitzung vom 18. Mai.

Erste Berathung über den Gesetzentwurf betreffend die Uebertragung der Eigenthums- und sonstigen Rechte des Staates an Eisenbahnen auf das deutsche Reich.

Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode spricht für die Vorlage, weil er den Uebergang sämmtlicher deutschen Bahnen an das Reich will. Der Rede des landwirthschaftlichen Ministers im Abgeordnetenhause kann ich nur meine vollste Anerkennung geben; ihre Grundgedanken waren hauptsächlich agrarische. Die Agrarier werden von allen Seiten verketzert; man schildert sie in einem Athemzuge als feudale Junker und als Socialisten, als Ultramontane und als wüthende Culturkämpfer. Diese Vorwürfe treffen schon deshalb nicht zu, weil die Agrarier sich überhaupt mit den Fragen der hohen Politik garnicht beschäftigen, sondern nur die der Wirthschaftspolitik in ihren Gesichtskreis ziehen. Trotzdem dringen die Ideen der Agrarier in immer weitere Kreise und finden immer mehr Anhang im Lande. Ein gut redigirtes Blatt, die „Schlesische Ztg.", hat neulich erwähnt es bliebe der liberalen Partei nichts weiter übrig, als das Programm der Agrarier in die Hand zu nehmen. Die Manchester-Theorie hält bekanntlich die freie Concurrenz für das allein seligmachende Universalmittel gegen alle wirthschaftlichen Schäden, während der Socialismus sie grundsätzlich verwirft. Wir, die Agrarier, stehen in der Mitte; wir verschließen uns keineswegs den Vortheilen der freien Concurrenz, meinen aber, daß es Gebiete giebt, wo sie entweder gar nicht oder nur im höchsten Grade schädlich wirkte, und ein solches Gebiet sind in erster Linie die Eisenbahnen. Diese beruhen wesentlich auf dem Monopol, da sie ohne Privileg nicht zu Stande kommen können, und deshalb muß hier die freie Concurrenz nothwendig die höchste Ungerechtigkeit und die größten Mißstände zur Folge haben, die nur auf dem Wege dieser Vorlage durch Herstellung einer strengen und straffen staatlichen Verwaltungscentralisation beseitigt werden können. Daß die centrale Macht des Reiches durch diese Vorlage gestärkt wird, soll nicht geleugnet werden; aber darüber müssen wir uns doch klar sein, daß dies der naturgemäße Gang der Entwickelung unserer politischen Verhältnisse ist. Die Einzelstaaten müssen abnehmen, das Reich muß zunehmen; das ist eine Nothwendigkeit, und wer sich dagegen sträubt, der müßte überhaupt die Gründung des deutschen Reiches nicht wollen.

Baron v. Senfft-Pilsach. Schon haben Sachsen, Baiern und Würtemberg auf das entschiedenste sich gegen diese Vorlage ausgesprochen. Warum will man denn diesen Staaten ein solches Herzeleid anthun, und ein Gesetz annehmen, das ihnen so ganz und gar zuwider ist? (Heiterkeit.) Wir haben hier über eine so großartige Geldfrage zu entscheiden. Nach Herrn v. Varnbühler werden die Kosten für den Ankauf der Bahnen nicht weniger als 9 685 000 000 M. betragen, also mehr als das Doppelte der französischen 5 Milliarden-Contribution. Die Folge dieses Ankaufs kann daher nur eine Vermehrung der Reichssteuern sein.

Prof. Beseler: Die Centralisation der Eisenbahnverwaltung, wie sie die Vorlage anstreben soll, ist mit dem Wesen eines Bundesstaates, wie ihn das deutsche Reich anstrebt, entschieden unvereinbar. Wenn ich daher glauben müßte, daß diese Vorlage nothwendig zu einer solchen Centralisation hinführt, so würde ich dagegen stimmen; indeß haben mich die bestimmten Erklärungen des Handelsministers im Abgeordnetenhause in dieser Beziehung hinlänglich beruhigt. Ich stimme für die Vorlage nur deshalb, weil ich mir bewußt bin, damit der Regierung, insbesondere dem leitenden Staatsmanne ein Vertrauensvotum zu geben, und weil ich es sehr schwer empfinden würde, wenn ich der Reichspolitik des Fürsten Bismarck in einer so eminent wichtigen Sache von vornherein entgegentreten müßte.

Graf zur Lippe: Im Laufe von fünfzig Jahren ist mit großer Aufwendung von Intelligenz, Arbeitskraft und Privatcapital ein großes Eisenbahnnetz von Staats- und Privatbahnen entstanden, Verkehr, Handel und Wandel haben sich im eminenten Maße gehoben und die Steuerkraft des Landes vermehrt; und nachdem dies erreicht worden, geht man nun plötzlich dazu über, diesen ganzen Nationalreichthum wegzugeben. Die Herren Agrarier werden übrigens bei den Reichseisenbahnen am wenigsten ihre Rechnung finden. Wenn sie sich künftig an den Landwirthschafts-Minister wenden und von ihm die Vertretung ihrer Interessen gegenüber der Eisenbahnpolitik verlangen, so wird er ihnen antworten, die Eisenbahnen gehörten dem Reiche und er sei nicht competent. Die Herren thäten daher gut, bei Zeiten ein Schild an dem neuen Gebäude des Ackerbau-Ministeriums anbringen zu lassen mit der Aufschrift: „Incompetenzhaus für landwirthschaftliche Interessen in Eisenbahnsachen". (Heiterkeit.) Diese Vorlage wird nicht die Einheit des Reiches stärken, sondern zur Spaltung unter den einzelnen Bundesstaaten führen; ich könnte vielleicht der Vorlage zustimmen, wenn eine Klausel in dieselbe aufgenommen würde, in der auch die Zustimmung der übrigen Bundesstaaten erfordert würde. So wie die Sache aber jetzt liegt, muß ich mich gegen das Gesetz erklären.

Handelsminister Achenbach: Ich erkenne sehr gern an, daß seit fünfzig Jahren auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens immense Fortschritte gemacht sind, aber wenn man jetzt behauptet, daß wir mit der gegenwärtigen Vorlage einen Sprung machen, so ist dies eben ein Irrthum. Ich behaupte im Gegentheil, daß wir mit diesem Gesetz nur der alten besseren Tradition folgen. Ein Hauptargument der Gegner ist stets, daß der beabsichtigte Schritt der Anfang zur Beseitigung der Privatbahnen sei; aber ich kann offen erklären, daß dies etwas den Intentionen der Regierung völlig Fremdes ist. Auch den Grund kann ich nicht anerkennen, daß nach dem Uebergange der Eisenbahnrechte auf das Reich der Bau von Lokalbahnen nicht mehr stattfinden könne; ich bin im Gegentheil der Ansicht, daß sich der Ausbau noch bedeutend heben wird, da die dominirenden Linien nur Interesse daran haben können, daß ihnen Zufluß durch Lokalbahnen zugeführt werde. Ich stehe durchaus nicht auf dem Standpunkt, daß mit diesem Gesetze ein Eisenbahn-Eldorado eröffnet werden würde. Aber es müßte doch seltsam zugehen, wenn nicht allein schon durch die einheitliche Leitung des Eisenbahnwesens viele Schäden beseitigt werden sollten. Sie haben im Jahre 1873 der Erweiterung des Staatsbahnnetzes zugestimmt und damit begonnen, zu den unseren alten guten Traditionen zurückzukehren. Der Sinn der damaligen Vorlage war nicht die Erweiterung des fiskalischen Besitzes, sondern lediglich die Möglichkeit der Einwirkung auf die Privatbahnen im allgemeinen Interesse und mit diesem Gesetze geht sie wiederum einen Schritt auf diesem Wege vorwärts.

Oberbürgermeister Hasselbach: Der Graf zu Stollberg hat diese Vorlage befürwortet, weil er in ihr einen Bruch mit dem bisherigen System erkennt. Nach den Erklärungen des Handelsministers heute und am 28. April 1876 ist es entschieden nicht die Absicht der Regierung, das gemischte System aufzugeben, und ich nehme darnach an, daß Graf zu Stollberg nunmehr gegen die Vorlage stimmen wird. (Heiterkeit.) Ich meinerseits würde es für das größte wirthschaftliche Unglück halten, wenn das Reich wirklich diese Absicht hätte, die sämmtlichen Bahnen anzukaufen. Andrerseits aber theile ich die Hoffnungen des Handelsministers auch nicht, der glaubt, daß man sich von diesem Gesetze allein sehr wesentliche Verbesserungen des Betriebs verspricht. Ich bitte noch zu beachten, daß, wenn es bisher schon schwer war, mit einer Beschwerde über die Eisenbahnen Erfolg zu haben, es Ihnen künftig noch viel schwerer werden wird, Recht zu bekommen, und die Mißstimmung darüber wird darum gewiß keine kleinere werden. Wenn Sie die Privatbahnen alle in Staatsverwaltung geben, verwaltet der Staat ein Monopol, das zu den größten Unzuträglichkeiten führen muß. Nichts desto weniger sage ich mir, daß es für mich und mehrere meiner Freunde doch eine eigenthümliche Lage wäre, wenn wir der preußischen Staatsregierung eine Niederlage bereiten wollten in dieser Frage, man würde dies in und außer dem Hause falsch ausbeuten, und das ist für mich ein Grund, für die Vorlage zu stimmen.

v. Kleist-Retzow: Ich komme der Staatsregierung in ihren Intentionen weit entgegen, in Bezug auf die Ausführung aber kann ich dem Wege, den sie gewählt hat, der Vorlage nicht zustimmen. Die wird nothwendig zum Reichseisenbahnsystem führen, und die Bedenken dagegen müssen also auch gleich hier geltend gemacht werden. Die Reichsverfassung ist gegen die Vorlage, sie setzt den bestehenden Zustand von Staats- und Privatbahnen voraus. Entscheidend ist für mich jedenfalls, daß eine derartige Uebertragung des gesammten Eisenbahnwesens auf das Reich die tiefsten Lebensbedingungen der Staaten gefährden würde; sie bleibt der erste Schritt zur Staatseinheit, zu einem Ministerium, das unmittelbar dem Reichstage Rede und Antwort stehen muß, zu einer Umgestaltung des Bundesraths und Reichstages; sie ist also eine in allen Beziehungen wesentliche Aenderung, die auch zur Schädigung des Reichs führen wird und nach meiner Meinung unglücklich ist. Eine Concentration bis in die tiefsten Tiefen hinein ist außer Stande, die localen Bedürfnisse zu erkennen und zur Geltung zu bringen. Endlich ist es in finanzieller Beziehung eine Unmöglichkeit, daß das Reich, bei dem anhaltenden Rückgange der Renten, dem preußischen Staate diejenige Rente gewährt, die es ihm wird zahlen müssen. Wie kommt Preußen dazu, diese Kapitalien, diesen Grundbesitz, diese die Lebenskraft Preußens enthaltenden Objecte an das Reich zu übertragen? Es wird doch heißen, die Verwaltung sei eigentlich eine preußische, es wird doch ein Mißtrauen bleiben, daß die Rechnung eigentlich eine für Preußen vortheilhafte gewesen sei. Und wenn sie das nicht ist, haben wir doch den Nachtheil. Wie wird es denn in Zukunft mit dem Bau neuer Bahnen werden? Es werden gewiß nicht die einträglichsten sein, die noch zu bauen sind — wird das Reich sich dazu verstehen, sie zu bauen? Nun und nimmermehr wird der preußische Landtag sich dazu verstehen. Die Minister sagen: „Die anderen Bahnen und die Adjacenten werden es thun." Die können es nicht und werden es nicht.

Fürst Bismarck: Der Vorredner hat sich die Bekämpfung der Vorlage dadurch erleichtert, daß er ihr eine Tragweite gegeben, die sie nicht hat. Die Sorge, daß die ärmeren Landestheile in Zukunft die Pflege nicht haben werden, die sie bisher von Seiten Preußens gehabt, kann ich nicht anerkennen. Das glaube ich auch nicht, daß das Reich sich dazu verpflichten wird, das ist gar nicht seine Aufgabe: warum aber der preußische Staat nicht späterhin für seine ärmeren Landestheile dieselbe Fürsorge aus dem gemeinschaftlichen Säckel aller Provinzen haben sollte, die er bisher gehabt hat das sehe ich nicht ein. Der Vorredner hat das Argument des Mißtrauens in die Schranke geführt, von den die übrigen Bundesstaaten Preußen gegenüber erfüllt sein würden, wenn die preußischen Eisenbahnen in den Händen des Reichs wären. Dieses Mißtrauen würde ja viel stärker berechtigt sein, wenn der ganze gewichtige Eisenbahn-Complex einer solchen Basis von starkem Einfluß ausschließlich in den Händen Preußens bliebe und dort so benützt und ausgebeutet würde im einseitigen preußischen Interesse, wie es das Reich eigentlich niemals könnte. Gerade bei der Reichsverwaltung haben die Regierungen mitzuberathen und zu beschließen und können jede Eisenbahnpolitik bekämpfen, die ihren particulären Interessen schädlich erscheint. Der Vorredner hat dann befürchtet, daß das Reich in diesen Eisenbahnen einen Besitz erwerben werde, dessen Rentabilität von Jahr zu Jahr mehr zurückgeht, und daß der allgemeine Rentenrückgang dann für Preußen zu befürchten sei. Er hat dabei ganz besonders seine Fürsorge für Preußen accentuirt; ich würde es natürlicher gefunden haben, wenn er als Advokat der übrigen Bundesstaaten aufgetreten wäre, indem er gesagt hätte, daß es ungerecht sei, daß diese in den für Preußen vermöge seines großen Eisenbahnbesitzes naturgemäß bevorstehenden Verlust an Renten mit hineingezogen würden. Aber daß eben Preußen in der naturgemäß bevorstehenden Verlust durch den Uebergang der Eisenbahnen stärker geschädigt werden sollte als ohne denselben, kann ich nicht einsehen. Daß die Rentabilität der Eisenbahnen stetig rückschreitet, ist ja eine bekannte Thatsache, die sich in allen Ländern beobachten läßt. Es ist das eine natürliche Folge des fortdauernden Abbaues von der Hypothenuse zu den beiden Katheten und der Vervielfältigung der Linien zwischen zwei Punkten. Es ist ein Irrthum, daß die Concurrenz in Eisenbahnlinien die Frachten wohlfeiler macht. Es haben ja darüber in England sehr lehrreiche Berechnungen stattgefunden, die zeigten, daß mit der Vermehrung von einer Eisenbahnlinie zwischen zwei großen Orten, auf deren zwei, resp. drei der Frachtsatz in dem Verhältniß von 17 zu 22 resp. 28 stieg. Solche Verhältnisse wiederholen sich überall. Sie bewirken das, was mir ein Engländer früher einmal mittheilte: es werden die Eisenbahnen so lange vermehrt werden, bis eine von ihnen über zwei Procent bringt. Das fühlen auch am meisten die Actionäre der Privatbahnen, und ich glaube, daß von Seiten dieser der Widerstand gegen den Uebergang der Bahn an das Reich ein sehr geringer sein wird. Die Actionäre, die in einer anderen Lage sind, wie die Directionen, werden wohl zum größten Theile froh sein, eine ständig zurückgehende Rente, wenn ihnen ein annehmbarer Preis geboten wird, los zu sein; die Directionen dagegen sind in einer Lage, die ihnen keine Gesetzgebung der Welt ersetzen kann. Das sind organisch mächtige Gebilde, wie sie sich allmälig herausgestellt haben, mit einem Einkommen an Tantiemen und sonstigen berechtigten Emolumenten, wie sie in einzelnen Fällen auch die Botschafter nicht bekommen, die höchst bezahlten Beamten bei uns. Sie haben daneben eine sehr große Clientel, eine sehr erhebliche Machtstellung im Staate und dann die ungeheuren Vortheile, die die Verbindung mit den Directionen anderer Industrieunternehmungen, Banken, Hütten und Bergwerken gewährt. Der Vorredner hat weiter gesagt, daß der Versuch noch nicht gemacht sei, einen so großen Complex von Eisenbahnen in einer Hand zu bewirthschaften. Nun, was diese Vorlage betrifft, so ist ja derselbe Versuch bereits gemacht durch die preußische Regierung, welche nun diesen Complex an das Reich übergeben soll. Ob das Reich und wie weit es diesen Complex nachher vergrößern will, das haben wir hier nicht zu erörtern, das wird das Reich beschließen, wenn es sich überzeugt haben wird, daß es im Stande ist, einen so großen Complex zu bewirthschaften, ihm etwa eine ähnliche Einrichtung zu geben, wie bei der Post. Ich glaube, daß das Personal der Eisenbahnbeamten, die jetzt zu übernehmen sein werden; das der Postbeamten doch um wenig mehr als etwa 30 bis 50 Procent übersteigen würde, und wenn in anderen Ländern bisher ein so großer Verwaltungscomplex nicht existirt, kann uns doch eine Umschau der Eisenbahnverhältnisse anderer Länder überzeugen, daß kein anderes Reich vor einem solchen Schritt zurückschreckt, daß sie im Gegentheil alle dasselbe Ziel erstreben, dadurch, daß sie sich ein Heimfallsrecht für sämmtliche Bahnen stipulirt haben. Sie alle betrachten den Zustand, den der Vorredner fürchtete, als etwas zu erstrebendes, was sie sich durch die Gesetzgebung sichern wollten. Das einzige Land, was gar keine Vorkehrung getroffen hat, ist bekanntlich England, und da ist mir von sehr bedeutenden Staatsmännern das lebhafte Bedauern über diese Situation ausgesprochen worden. Ein englischer Staatsmann hat mir gesagt: bei uns ist leider zu befürchten, daß es schon zu spät sei, den Uebergang der Privat-Eisenbahnen in die Hände des Staates zu bewirken. Von der Nothwendigkeit dieses Schrittes sind wir ja Alle überzeugt; wir glauben nur deshalb nicht, ihn ausführen zu können, weil die Macht der Gesellschaftsdirectoren in diesem Augenblicke noch zu stark ist, als daß er ohne alle Verfassungsverletzung durchgeführt werden könnte; das Interesse daran wurde aber für so wichtig gehalten, daß, als vor wenigen Jahren die wenigen mächtigen Bahngesellschaften, in welche die Masse der englischen Unternehmungen sich allmälig consolidirt hatte, es unternehmen wollten, sich zu einer einzigen Gesellschaft zusammenzuschmelzen und an ihre Spitze einen einzigen Director zu stellen, gewissermaßen einen Eisenbahnkönig, die Regierung doch die Gefahr für das Staatswohl für so groß hielt, daß sie durch die Drohung, sie werde selbst verfassungsmäßig bedenkliche Mittel nicht scheuen, da sie glaube, das englische Volk auf ihrer Seite zu haben, um diesen Plan zu verhindern, es durchgesetzt hat, daß die beabsichtigte Fusion unterblieb. Daß also ein so eminent praktisches, auf die freiheitliche Entwickelung jedes mit der Sicherheit des Staates verträglichen Unternehmens so eifersüchtige Nation, wie die englische, daß auch sie dieselbe Ueberzeugung hatte, und man sich dort nicht fürchtet vor der colossalen Aufgabe, sämmtliche englischen Eisenbahnen in Regierungsverwaltung zu nehmen, das zeigt doch daß unser Unternehmen hier nicht ein so ungeheures ist, wie der Vorredner es darstellt. — Dem Herrn Hasselbach möchte ich seinen schweren Entschluß, für die Vorlage zu stimmen, in etwas erleichtern, indem ich zwei Gründe, die er dagegen geltend gemacht, etwas näher beleuchte. Das betrifft namentlich die Sorge, daß Beschwerden über Eisenbahnmißbräuche, die jetzt schon ziemlich schwer zu verfolgen wären, nach dem Uebergang auf das Reich gar nicht mehr auf Erfolg zu rechnen hätten. Einmal ist Alles, was die Reichsgesetze berührt, dem Forum des Reichstags zugänglich, was eine Staatsverwaltung doch vielmehr zu berücksichtigen hat als eine Privatbahn dies nöthig hat, und andererseits haben wir ja ein Präcedenz in der Reichspostverwaltung. Ich glaube, der Vorredner wird mir in dem Zeugniß beistimmen, daß diese Verwaltung energisch Beschwerden untersucht, und wenn sie begründet sind, Abhilfe schafft. Weshalb sollte es nicht gelingen, in der Reichsverwaltung eine ähnliche Eisenbahn-Verwaltung, eine Eisenbahn-Carriere und ein Eisenbahn-Ressort zu schaffen. Ich halte es überhaupt für einen Fehler der jetzigen Eisenbahn-Verwaltungen, daß sie meistens nicht nachmäßige Beamte haben, die nach dem Verlassen der Schule so zu sagen Eisenbahnstudien auf einer Universität oder politechnischen Lehranstalt machen. Wenn man betont, daß durch den Uebergang preußische Interessen verletzt werden könnten, so wird dies sich ja vermeiden lassen, und wenn dies nicht von mir geschehen sollte, so wird es von dem Finanzminister mit größter Bestimmtheit und Festigkeit vertreten werden. Sollte dies aber nach Ihrer Meinung nicht begründet sein, so sind Sie vollständig in der Lage, den Vertrag zu verwerfen. — Dem Grafen v. d. Lippe möchte ich noch sagen, daß es uns absolut fern liegt, irgend eine Pression auf den Bundesrath oder Reichstag üben zu wollen, indem wir die Frage zuerst im Landtag zur Verhandlung bringen. Die Gegner, die im Bundestage und Reichstage selbst sitzen, glauben das garnicht, die sind so furchtsam garnicht. Was sollte sich auch der Bundesrath etwa machen aus einem Beschlusse des Herrenhauses oder des Abgeordnetenhauses, es kann ihm ja vollständig gleichgiltig sein, wenn er die Politik nicht für richtig hält, so haben ja die Häuser gar kein Mittel, ihn zu zwingen. Noch viel thörichter wäre ein solcher Versuch der Regierung gegenüber dem Reichstage, wo zum großen Theile dieselben Personen vertreten sind, wie im preußischen Landtage, wo die leitenden Elemente im Wesentlichen identisch sind und die Idee, den Reichstag mit dem preußischen Landtage zu vergewaltigen, zu ängstigen, ich glaube kaum, daß dies im Reichstage von irgend Jemand ernsthaft genommen werden wird, daß der Vorredner selber, wie er sie vorbrachte, sie ernsthaft genommen hat, davon bin ich bei seinem Charakter überzeugt.

In namentlicher Abstimmung wird der § 1 mit 57 gegen 26 Stimmen angenommen. Zu den Gegnern der Vorlage gehören Gobbin, Haußmann, Wilckens u. A.; dafür stimmen u. A. Hobrecht, Fürst zu Putbus, Prinz Radziwill. § 2 und der ganze Gesetzentwurf wird ohne Debatte genehmigt.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Einverleibung Lauenburgs, wird hierauf en bloc angenommen. — Nächste Sitzung Freitag.

Danzig, 19. Mai.

Im Abgeordnetenhause gewann der Gegenstand, welcher der Interpellation Franz zu Grunde liegt, nach den amtlichen Berichten ein wesentlich anderes Aussehen. Ja es hat fast den Anschein, als gingen die Mitglieder des Centrums schon auf die Dörfer und brauten interessante Vorfälle zusammen, um hernach Veranlassung zu haben, das katholische Volk aufregenden Interpellationen zu unterziehen. Die ultramontane Presse nutzt den Gegenstand der Interpellation zu den gehässigsten Hetzereien aus. Die „Germ." spricht davon, „vor den Dienern der preußischen Staatsgewalt sei jetzt auch das von den Katholiken mit aller nur denkbaren Liebe und Sorge bewahrte Heiligthum und die nie gestörte feierliche Ruhe unserer Tabernakel, der Wohnung des lebendigen Gottes, nicht mehr sicher." Nach der Sprache der ultramontanen Blätter zu urtheilen, müßte nun bald die Zeit heranrücken, wo wie im Mittelalter die Hostien Blut schwitzten, wo Ochsen und Esel ihre Reverenz davor machten und dafür wohl auch heilig gesprochen wurden. Vorläufig werden solche Wunder wohl vorsichtiger Weise nur in Belgien oder sonstwo außerhalb der preußischen Grenzen aufgeführt werden. Wenn die Jesuiten und ihre Freunde nicht Respect vor den preußischen Doctoren und der preußischen Polizei hätten, wer weiß wie viele Louise Lateau's auch bei uns schon vom Winde leben und Blut schwitzen würden. Die Feldzüge des Centrums sind jetzt sehr denen des Don Carlos in den letzten Monaten seiner Herrlichkeit ähnlich, als er nur noch großprahlerische Proclamationen vom Stapel lassen konnte.

In der zweiten Berathung des Gesetzentwurfes über die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst entspann sich bei § 1 ein langer Kampf. Die Commission hatte den Gesetzentwurf auch auf den Justizdienst ausgedehnt, so daß in Zukunft auch die Juristen neben dem Studium der Rechtswissenschaft zu demjenigen der Staatswissenschaft verpflichtet wären. Schließlich wurde dieses Princip aber abgelehnt und dasjenige der Regierungsvorlage nach den Vorschlägen des Abg. Wisselinck im Wesentlichen wieder hergestellt. Der Punkt, in welchem mit der Regierung noch eine principielle Differenz besteht, nämlich die Landrathsfrage, kam gestern noch nicht zur Verhandlung.

Im Herrenhause konnten nach den erschöpfenden Verhandlungen des Abgeordnetenhauses bei der Debatte über das Reichseisenbahngesetz neue Gesichtspunkte nicht mehr geltend gemacht werden. Merkwürdig war, daß auch die Freunde der Vorlage keineswegs mit Begeisterung für dieselbe eintraten. Außer dem Vorsitzenden der „Steuer- und Wirthschaftsreformer", Rittmeister Grafen Udo Stolberg, und den Rednern vom Ministertisch wurde das Plaidoyer für den Gesetzentwurf mit auffallender Kühle geführt. Die „Schles. Ztg." hatte, wie wir damals mittheilten, zu der Breslauer agrarischen Agitationsversammlung einen Artikel über die Agrarier gebracht, welcher in uns die schon früher aus der Haltung des Blattes geschlossene Ansicht befestigte, das Breslauer Blatt arbeite mit an dem Werke der Sprengung der nationalliberalen Partei. Die „Schl. Z." hat zwar diese Absicht seitdem entschieden verhorrescirt; dennoch hat ihr jener Artikel das Mißgeschick zugezogen, vom Grafen Udo Stolberg gepriesen zu werden.

In den Kreisen des Herrenhauses erhält sich die Ansicht, daß die Landtagssession nicht über die zweite Hälfte des Juni hinaus währen soll. In diesem Falle würden die mühevollen Arbeiten, denen das Abgeordnetenhaus mit Berathung des Competenzgesetzes und der Städteordnung entgegengeht, lediglich den Zweck haben, schätzbares Material für die Wiedereinbringung der Vorlage im nächsten Jahre zu bieten. Zur Zeit aber ist es noch sehr fraglich, welche Stellung die Regierung zu dem Sessionsschluß einnehmen wird; eine Berathung darüber hat noch nicht stattgefunden, doch wird es nicht gerade für unmöglich gehalten, daß die Regierung den Erwägungen, welche ihr über die lange Dauer der Session und gegenüber der wahrscheinlichen Berufung des Reichstages um die Mitte des September entgegentreten, Rechnung tragen könnte. Würde übrigens der Schluß der Session nach Entscheidung der Regierung vor dem 19. Juni eintreten, an welchem Tage das Abgeordnetenhaus nach dem Pfingstfeste wieder zusammentreten wollte, so würde eine nochmalige Berufung des Abgeordnetenhauses behufs des Schlusses erfolgen müssen. Man darf daher annehmen, daß der Entschluß der Regierung vor der Vertagung erfolgen wird, welche am 1. Juni eintreten soll.

Die Gerüchte über den Rücktritt des Finanzministers Camphausen wurden auch gestern in Berlin noch lebhaft erörtert. Die „Nat.-Lib. Corr." sagt darüber: „Nach den uns aus wohlorientirten parlamentarischen Kreisen zugehenden Nachrichten müssen wir unsererseits dabei beharren, daß die Mittheilungen einzelner Blätter von einem eingereichten und nicht angenommenen Entlassungsgesuch Camphausen's unrichtig sind. Richtig ist nur, daß seit längerer Zeit zwischen dem Reichskanzler und dem preußischen Finanzminister Meinungsverschiedenheiten über das Verhältniß des Präsidenten des Reichskanzleramts und des Staatssecretärs der auswärtigen Angelegenheiten zu den preußischen Ministern stattfanden. Diese Meinungsverschiedenheiten haben aber in den jüngsten Tagen ihre völlige Ausgleichung gefunden. Der Präsident des Reichskanzleramts Hofmann und der Staatssecretär v. Bülow werden Mitglieder des preußischen Staatsministeriums mit Sitz und Stimme werden. Die Gerüchte, welche man von ultramontaner Seite über nähere Beziehungen der Agrarier zu dem Reichskanzler verbreitet, werden als Erfindungen bezeichnet. Ueber die Richtung der inneren Politik in wirthschaftlichen wie in politischen Fragen soll zwischen dem Präsidenten und dem Vicepräsidenten des Staatsministeriums durchaus keine Differenz bestehen, im Gegentheil wird von allen competenten Beurtheilern der Lage versichert, daß sich die Mitglieder des Ministeriums in vollständiger Homogenität befänden. Wir halten es durchaus nicht für unsere Aufgabe, die Zukunft optimistisch auszumalen, ebensowenig aber, sie pessimistisch zu verdüstern; die Zuverlässigkeit der Nachrichten, welche uns aus den sowohl dem einen wie dem andern der betheiligten Staatsmänner näher stehenden Kreisen mit vollkommener Gleichmäßigkeit zugehen, in Zweifel zu ziehen haben wir keinen Grund." Die „Post" weiß noch von einer zweiten Combination zu erzählen, die gleichfalls bereits der Vergangenheit angehört. Fürst Bismarck sei nämlich mit dem Gedanken umgegangen, von dem Präsidium des preußischen Staatsministeriums zurückzutreten, welches alsdann auf Camphausen hätte übergehen sollen. Aber auch dies wird als überholt bezeichnet. Ferner erzählt die „Post" von gestern: „Fürst Bismarck erschien um ¾1 Uhr im Herrenhause, nahm geräuschlos seinen Platz ein und drückte in sehr verbindlicher Weise Herrn Camphausen die Hand, der sich seinerseits nicht minder verbindlich und mit offenbarer Freundlichkeit gegen ihn zeigte."

Die nationalliberale „Berl. Aut. Corr." bespricht den „Schatten, welchen die Wahlen vorauswerfen." Sie warnt die ihrer Partei, wenn auch nicht ihrer Fraction angehörenden Freunde, welche von den Speculationen über den Ausfall der Wahlen schon gegenwärtig Vortheile zu ziehen suchen, die jetzt mehr mit den Schlagwörtern, welche bei den Wählern ziehen, kokettiren, als in den beiden früheren Sessionen, die jetzt an ihre Aufgabe herantreten, indem sie mit halbem Blick auf die kommenden Wahlen schielen. Weiter führt das häufig die Ansichten Lasker's wiedergebende Organ aus, im Parlament könnten zwar die politischen Parteien sich in kleinere Fractionen spalten; es sei aber vom Uebel, schon bei den Wahlen nicht nach Parteien, sondern nach Fractionen zu operiren. Es heißt dort:

„Die unbegrenzte Mannigfaltigkeit der Entscheidungen, zu denen ein Parlament berufen ist,

muß nothwendiger Weise zu wechselnden Gruppirungen führen, und diese wiederum geben die Grundlage zur Vereinigung in kleinere Fractionen, aber völlig ungeeignet ist diese durch den parlamentarischen Beruf bedingte Zersplitterung auf die Wahlen übertragen zu werden. Nur die durch das parlamentarische Leben bedingte Erregtheit kann eine solche Kluft zwischen den Angehörigen derselben Partei schaffen; wird die Zersplitterung in die Wahlen hineingetragen, so ist der innere Krieg eröffnet, welcher der Regel nach mit größerem Verderben auf die Gesammtheit der Streitenden zurückfällt. Tritt die liberale Partei geschlossen auf, so kann sie das Ergebniß der Wahlen ruhig abwarten, da ihr gewiß besonders am Herzen liegt, daß die wirkliche Meinung des Landes in unbeeinflußter Weise durch die Wahlen ihren Ausdruck finden. Wenn dagegen die liberale Partei durch einen inneren Kampf den Hoffnungen der Gegner zu Hilfe kommt, so trägt sie selbst dazu bei, den Charakter der Wahlen zu entstellen, und, wenn sie unterliegt, so würde sie selbst die größte Schuld daran tragen".

Nach einer über Zara eingegangenen Meldung sollen in Mostar (Herzegowina) der italienische Consul und die italienischen Consulatsbeamten von türkischen Gensdarmen insultirt und der deutsche Consul mit Bajonnetstichen bedroht worden sein. — In Priedor in Bosnien sind am 8. Mai eine große Anzahl von Christen, Männer, Weiber und Kinder, deren Anzahl in der niedrigsten Schätzung auf gegen 100 angegeben werden, erbarmungslos niedergemacht worden. Wir geben hier von den darüber vorliegenden Berichten absichtlich denjenigen, welcher die Sache für die Türken am wenigsten gravirend darstellt: „Die Stadt zählt etwa 5000 Einwohner, von welchen die Mehrzahl Muselmanen sind. Letztere nahmen schon seit einiger Zeit mit steigender Erbitterung die Thätigkeit wahr, welche die dortige christliche Bewohnerschaft entwickelte, um die Insurgenten durch materielle Hilfe und Kundschafterdienste zu unterstützen. Neuestens aber machten die jungen Leute der christlichen Bewohnerschaft offen Vorbereitungen, die Stadt zu verlassen und sich den Insurgenten anzuschließen. Dies gab das Signal zum Ausbruche von Thätlichkeiten, welchen leider gegen 100 der dortigen Christen mit dem Erzpriester zum Opfer fielen. Auf die erste Kunde von den Vorfällen in Priedor rückte Selim Pascha in Eilmärschen herbei, um dem blutigen Conflicte zu begegnen. Er traf aber erst am Abend an Ort und Stelle ein, nachdem das Unglück geschehen war und nicht mehr viel zu thun übrig blieb. Zum Schutze der Christen ließ Selim einige hundert Mann in Priedor zurück."

Deutschland.

△ Berlin, 18. Mai. In nächster Zeit sollen die Berathungen der Reichstags-Commission für die Concursordnung wieder aufgenommen werden. Der Bundesrath wird, wie man hört, auch seinerseits die Berathungen so fördern, daß eine Erledigung des Gesetzes mit den übrigen Justizgesetzen in der Herbstsession des Reichstages erfolgen kann. Dieser letztere wird außer den Justizgesetzen im Wesentlichen nur das Budget festzustellen haben. Es wird uns wiederholt mit Bestimmtheit versichert, daß die Eisenbahnfrage in der nächsten Session den Reichstag garnicht beschäftigen soll und daß auch noch fraglich ist, ob mit dem Bundesrathe schon in nächster Zeit auf Grund des Gesetzes betreffend die Uebertragung der preußischen Bahnen auf das Reich unterhandelt werden wird. — Der Bundesrath hat bekanntlich die Einleitung eines Enquête-Verfahrens über das Patentwesen beschlossen; dem Vernehmen nach ruht die Ausführung dieses Beschlusses, und wäre dieselbe erst im Spätherbst, vielleicht aber auch erst zu Anfang des nächsten Jahres zu erwarten. Im Weiteren soll für die nächste Legislaturperiode des Reichstages die Gesetzgebung über die Lage der Arbeiten geregelt werden. Noch immer werden die dazu von den Regierungen der Einzelstaaten unternommenen Erhebungen fortgesetzt und im Reichskanzleramte gesichtet und zusammengestellt. Es steht eine neue Publication dieser Zusammenstellungen in Aussicht.

* Der am 29. v. Mts hierselbst versammelt gewesene Ausschuß des Deutschen Landwirthschaftsrathes hat u. A. beschlossen, die fünfte Plenarsitzung des Deutschen Landwirthschaftsrathes im October d. J. nach Berlin einzuberufen.

† Kiel, 16. Mai. Das Gerücht von der Entsendung des Panzer-Geschwaders in den Orient hat sich nun doch bestätigt. Das Geschwader hat Ordre erhalten nach der Türkei abzusegeln, und die weitere Ausrüstung von Kriegsschiffen ist angeordnet. Außer dem „Comet" ist man jetzt auch dabei, den „Albatros" schleunigst auszurüsten, und die Corvette „Elisabeth" wird von Danzig erwartet, um dann ebenfalls in Dienst gestellt zu werden. Ferner wird die eben erst von ihrer Weltumsegelung zurückgekehrte Corvette „Gazelle" in Eile reparirt und für eine Expedition in den Orient in Stand gesetzt, und endlich hat das bekanntlich auf der Reise nach Ostasien begriffene Kanonenboot „Nautilus" Befehl erhalten, anstatt nach China, nach Konstantinopel zu gehen. Nach dem Eintreffen aller dieser Schiffe an der „Pforte der Glückseligkeit" wird das dann vereinigte Geschwader das größte sein, welches Deutschland, seit es überhaupt eine Flotte besitzt, jemals concentrirt hat. Dasselbe besteht dann aus nicht weniger als 12 Schiffen, welche, nach der Marine-Liste 2c., wie folgt ist armirt und bemannt sind: 1. Panzerfregatten „Kaiser" und „Deutschland", je 9 Stück 26-Cm.-Geschütze und je 600 Mann Besatzung; 2) Panzerfregatten „Friedrich Carl" und „Kronprinz", je 16 Stück 21-Cm.-Geschütze und je 500 Mann Besatzung; 3) Gedeckte Corvetten „Elisabeth" und „Gazelle" mit je 18 Stück Ring-15-Cm.-Geschützen und je 380 Mann Besatzung; 4) Corvette „Medusa" 14 Stück 12-Cm.-Geschütze und 250 Mann Besatzung; 5) Kanonenboote „Nautilus" und „Albatros", je 2 Stück 15-Cm.- und 2 Stück 12-Cm.-Geschütze und je 95 Mann Besatzung; 6) Kanonenboote „Meteor" und „Comet", je 4 Geschütze (12-Cm. und 8-Cm.) und je 64 Mann; 7) Aviso „Pommerania", ohne Geschütz, 44 Mann; zusammen also eine See-Streitmacht von 12 Schiffen mit 116 Geschützen größtentheils des schwersten Kalibers und 3572 Mann Besatzung. (Nach der in der heutigen Morgennummer mitgetheilten Nachricht der „Kr.-Z." sollen indessen vorläufig nur 9 Schiffe, insbesondere nicht die „Gazelle", nach dem Orient abgehen. D. Red.) Befehlshaber dieses großen Geschwaders ist der Contreadmiral Batsch, welcher seine Flagge auf der Panzerfregatte „Kaiser" aufhissen wird, Chef seines Stabes der Corvettencapitän Schröder. Das Panzergeschwader zählt unter seinen Besatzungen auch Seesoldaten, zusammen etwa 300 Mann, und an Bord eines jeden Panzerschiffes und der gedeckten Corvetten befinden sich für Landungszwecke noch 3 oder 4 ganz leichte 4pfünder, welche von den Matrosen nicht nur bedient, sondern auch gezogen werden müssen. Bei der großen Leichtigkeit und Handlichkeit dieser Geschütze ist man im Stande, dieselben selbst im ungünstigsten Terrain mit sich zu führen und aufzustellen. Sollte der Schutz der deutschen Landesangehörigen, deren es im Orient besonders viele giebt, eine zeitweise Besetzung von Küstenstädten erfordern, so könnte Admiral Batsch, ohne seine Flotte gefechtsunfähig zu machen, mit Leichtigkeit etwa 16 Geschütze, 300 Seesoldaten und gegen 1200 Matrosen, welche sämmtlich mit den neuen Mausergewehren bewaffnet und vollkommen infanteriemäßig ausgebildet sind, landen. Wir können somit den Ereignissen im Orient mit großer Ruhe entgegensehen; die Affaire von Porte au prince im Jahre 1872 bürgt uns dafür, daß Admiral Batsch, wenn es gilt unsere Landsleute zu schützen, kurzen Prozeß zu machen versteht. Durch die gleichzeitige Abwesenheit des ostasiatischen und des Orient-Geschwaders sind jedoch die Streitkräfte unserer Flotte noch lange nicht erschöpft. In unseren Kriegshäfen liegen noch viele stattliche Panzer und Holzschiffe, darunter u. A. der gewaltige „König Wilhelm" und die nagelneue Panzerfregatte „Preußen", welche jeden Augenblick ausgerüstet und zur Verstärkung des Orientgeschwaders abgeschickt werden könnten, falls dasselbe sich als nicht stark genug erweisen sollte. — Zieht man noch das ostasiatische Geschwader in Betracht, und die Corvette „Victoria" in West-Indien, so ergiebt sich, daß augenblicklich nicht weniger als 18 Schiffe mit 180 Geschützen und 5200 Mann Besatzung zur Vertretung unserer Flagge und zum Schutz unserer Landsleute von der Heimath fern sind.

Schweiz.

Bern, 18. Mai. Der hiesige große Rath hat den Fürsprech Sahli zum Präsidenten, den Fürsprech Michel (Interlaken) und den Nationalrath Scheurer (Sumiswald) zu Vicepräsidenten gewählt. Zum Regierungs-Präsidenten wurde Rohr gewählt. (W. T.)

Aargau, 17. Mai. Der große Rath des Cantons Aargau hat gestern die Aufhebung der Nonnenklöster in Hermetschwyl und Gnadenthal, und heute die des Stiftes St. Verena in Zurzach beschlossen und zwar letztere mit 81 gegen 47 Stimmen. (W. T.)

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. Mai. Ueber die Fusionsverhandlungen zwischen der Unionbank und der Handelsbank wird von der „Presse" gemeldet, die Unionbank habe 10 000 Actien der Handelsbank zum Course von 80 gegen Unionbankactien zum garantirten Course vom Bankhause Reitzes erworben. Auf Grund dieser Transaction werde die Unionbank, die ihre Actien um 40 Fl. auf 100 Fl. abstempele, im Wege der Fusion die Handelsbank aufnehmen und jede Actie der Handelsbank von 100 Fl. gegen eine Actie der Unionbank umtauschen.

Prag, 17. Mai. Der „Bohemia" zufolge hat die Regierung mit der Direction der Prag-Duxer Eisenbahn unter Vorbehalt der Genehmigung des Reichsrathes einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem sie der Prag-Duxer Eisenbahngesellschaft zum Ausbau der Strecke Bruex-Mulde ein mit 5 Proc. verzinsliches und in 24 halbjährlichen Quoten zurückzuzahlendes Darlehen von einer Million Gulden unter der Bedingung gewährt, daß diesem Darlehen in den Grundbüchern das Vorgangsrecht vor den Prioritäten der ersten und der zweiten Emission eingeräumt wird.

Frankreich.

⁂ Paris, 16. Mai. Wie erwartet, brachte das heutige Amtsblatt die Ernennung de Marcère's zum Minister des Innern. Der Deputirte Faye hat nun doch noch den Vorstellungen seiner Freunde nachgegeben und die ihm angebotene Stelle als Unterstaatssecretär angenommen. — Die Ergänzungswahlen für die Bureaux des Senats haben für die Republikaner und Reactionären ein gleich günstiges Resultat ergeben. Es würden aus jeder der beiden Parteien 3 Präsidenten gewählt, während die im 1., 7. und 8. Bureau gestern vollzogenen Ernennungen aufrechterhalten wurden. — Im lateinischen Viertel ist man eifrig mit den Zurüstungen zur Leichenfeier Michelets, die am Donnerstag stattfindet, beschäftigt. Heute werden die Delegirten verschiedener italienischen Universitäten hier erwartet, und man spricht davon, daß ihnen zu Ehren die Pariser Studentenschaft ein großes Bankett veranstalten wird. Die Polizei hat umfassende Vorsichtsmaßregeln getroffen, um etwaige Demonstrationen und Ruhestörungen zu verhüten. — Der indische Fürst Sir Salar Jung ist heute, von Rom kommend, mit zahlreichem Gefolge hier eingetroffen.

Spanien.

— Nach einem Telegramm der „Times" waren die baskischen Abgesandten mißvergnügt und ohne ein Uebereinkommen zu erzielen in ihre Heimath zurückgekehrt. Die Regierung würde von nun an ohne deren Beihilfe mit der Aufhebung der baskischen Sonderrechte vorgehen und dem Senat in den nächsten Tagen einen darauf bezüglichen Gesetzentwurf vorlegen.

England.

London, 16. Mai. Der Vorschlag, eine Anzahl Arbeiter auf Staatskosten nach Philadelphia zu senden, soll demnächst wieder im Unterhause zur Sprache kommen. Der Arbeitervertreter Macdonald will von der Regierung die Aussetzung einer Summe für den Zweck verlangen. Der frühere Lordmayor Sir Sydney Waterlow läßt auf seine Kosten zwei Arbeiter nach Philadelphia reisen und die Ausstellung besichtigen. — Der Morning Post zufolge soll der Herzog von Edinburg, dessen Patent als See-Capitän erster Klasse vom Jahre 1872 datirt, im Laufe der nächsten Wochen zum Contre-Admiral aufrücken. Eine so schnelle Beförderung ist ungewöhnlich, indessen nicht ohne Vorgang, indem sie schon einmal bei — König Wilhelm IV. — vorgekommen ist.

Danzig, 19. Mai.

* Die Königl. Direction der Ostbahn veranstaltet am Freitag vor Pfingsten, den 2. Juni, Extrazüge nach Berlin und zwar 9,47 Vorm. von Bromberg, 6,5 Nachm. von Königsberg. Zu diesen Zügen werden auch auf den Strecken Eydtkuhnen-Königsberg, Osterode-Thorn-Bromberg und Danzig-Dirschau-Bromberg directe Billets unter denselben Vergünstigungen verkauft.

** Auf dem vorjährigen Allgemeinen Vereinstage der deutschen Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften zu München wurde bekanntlich der Beschluß gefaßt, den Genossenschafts-Congreß des Jahres 1876 in Danzig abzuhalten. Die Anwaltschaft hat denselben vorläufig auf Ende August anberaumt und sich die nähere Bestimmung vorbehalten, bis hier ein Local-Comité behufs Führung der weiteren Verhandlungen gebildet sein würde. Die Constituirung des letzteren ist nun gestern Abend erfolgt. Außer den von den einzelnen Genossenschaften und Vereinen deputirten Vertretern sind die Herren Oberbürgermeister v. Winter, Stadtverordneten-Vorsteher Bischoff, Stadtrath Dr. Samter, Landesdirector Rickert, sowie die Herren Berenz, Gibsone, Ehlers, Momber, Dr. Dasse, dem Comité beigetreten. Dasselbe wählte zu seinem ersten Vorsitzenden Herrn Oberbürgermeister v. Winter, zum zweiten Vorsitzenden Herrn A. Klein, zu Schriftführern die Herren Dr. Dasse und J. Meyer, zum Kassenführer Hrn. Buchhändler Doubberck und zu dessen Vertreter Hrn. Rentier Radewald. Zur Vorbereitung der einzelnen Arrangements, zur Ermittelung der nöthigen Hotel- und Privatlogis, sowie zum Empfange der fremden Gäste und zur Bildung des Anmelde- und Auskunftsbureaux wurden vier kleinere Ausschüsse unter dem Vorsitz der Herren Dr. Dasse, Fritsch und A. Klein niedergesetzt. Da die Anzahl der zu erwartenden Fremden sich auf ca. 180—200 belaufen dürfte, die in den hiesigen Hotels wohl nur zum Theil unterzubringen sein werden, so wird das Local-Comité Anerbietungen zu gastlicher Aufnahme der auswärtigen Versammlungs-Theilnehmer schon jetzt gern entgegennehmen.

* Nachdem es in der vorigen Nacht hier gehagelt, fiel heute zwischen 7 und 9 Uhr Vormittags mehrmals Schnee.

[Selonke's Theater.] Gestern trat Herr und Frau Negendank vor gut besetztem Hause zum ersten Male auf. Beide Gäste, welche von früher her bei dem Danziger Publikum in bester Erinnerung stehen, wurden sehr freundlich begrüßt. Zur Aufführung kam das Stückchen „Ein Abenteuer Ludwig Devrients", worin Herr Negendank schon früher reussirte und auch gestern seine Partie sehr effectvoll zur Geltung brachte. Bei dieser Gelegenheit lernte Referent auch Herrn v. Rittersfeld, welcher seit einigen Tagen an dieser Bühne thätig, kennen. Herr v. Rittersfeld ist eine respectable Persönlichkeit, sein Organ kräftig, doch bisweilen unverständlich, er müßte die große Hast ablegen und sich Zeit lassen, jeden Satz ruhig auszusprechen. — Mit der Rolle in dem zweiten Stückchen „Komm her", dramatische Aufgabe von Elz, legte Fr. Negendank von ihrem „Können" Zeugniß ab und bewies damit zugleich, daß ihr Talent gegen früher sich bedeutend entwickelt hat. — In der Posse „Durch's Schlüsselloch" war es wiederum Hr. Negendank, der durch seine heitere Laune das Auditorium in steter Lachlust erhielt. Am Schluß wurden beide Gäste durch Hervorruf erfreut. Hr. Hartner aus Wien ist ein recht tüchtiger Komiker und seine Leistungen sind mit stetem Beifall begleitet. — Die Leistungen der Solotänzerinnen Frl. Dänicke und Frl. Kalmus stehen gegen die früher hier gesehenen weit zurück.

** [Polizeibericht.] Gestohlen: dem Kaufmann S. aus unverschlossener Kommode 20 Thlr.; der unverehel. F. aus verschlossenem Kasten 13 M. von dem Lehrling P., in dessen Besitz das gestohlene Geld noch vorgefunden wurde. Arretirt: die Jungen D. und S., welche von der Kaiserl. Werft Holz gestohlen haben; der Laufbursche M., welcher sich in das Schlafzimmer seines frühern Herrn, des Kaufmanns S., eingeschlichen und unter dessen Bett gelegt hatte. — Gestern Abend wurde der Arbeiter M. in Petershagen von seinem Nachbarn, dem Arbeiter T., gemißhandelt und erhielt dabei schwere Kopfverletzungen, so daß er nach dem städtischen Lazareth geschafft werden mußte.

⊖⊖ Schwetz a. W., 17. Mai. In der Translocations-Angelegenheit unserer Altstadt auf das linke Weichselufer ist neuerdings wiederum ein Schreiben des Oberpräsidenten eingegangen, in welchem die bis dahin getroffenen Maßregeln und Beschlüsse in dieser Angelegenheit als nicht besonders zur Förderung derselben geeignet bezeichnet werden. Vor Anderm wird die weite Hinausschiebung der noch in der Altstadt abzuhaltenden Wochen- und Jahrmärkte als nicht im Interesse der Translocation hervorgehoben und motivirt, daß durch die frühere Verlegung derselben bei den Altstädtern die Neigung zur Uebersiedelung wesentlich angeregt und auch zur That gefördert werde. Nach einem Beschluß der Stadtverordneten vom 9. Februar pr. sollte die Hälfte der Wochen- und Jahrmärkte erst dann nach der Neustadt verlegt werden, wenn die Planirung und Pflasterung des Marktes und der Straßen in derselben beendet sein werden und die andere Hälfte erst nach 6 Jahren. Dieser Beschluß, als nicht der Translocation förderlich, wurde in der am vergangenen Dienstag stattgehabten Stadtverordneten-Versammlung einer nochmaligen Berathung unterzogen und Seitens des Magistrats dahin modificirt, vom 1. Jan. k. J. schon die Hälfte der Wochen- und Jahrmärkte nach der Neustadt zu verlegen und die andere Hälfte mit dem 1. Januar 1879. Dem Wunsche einzelner Mitglieder entsprechend wird auch beschlossen, den Wochenmarkt am Mittwoch in der Altstadt und den am Sonnabend in der Neustadt abhalten zu lassen. Warum die Wahl in dieser Weise getroffen, haben wir nicht erfahren können; ist der Mittwochsmarkt doch bedeutend frequenter und auch für die Neustadt geeigneter. Diese bis dahin noch immer im Interesse der Altstadt aufgehaltene Verlegung der Märkte mußte nun auch schon vor sich gehen, andernfalls derselbe höhern Orts angeordnet worden wäre, da zumal die Bewohner der Neustadt sie seit Jahren angestrebt und das nicht ohne berechtigte Ansprüche. Befinden sich doch die diesjährigen Bauten eingerechnet, einschließlich der vorgeschobenen Ackerwirthschaften 204 Wohnhäuser und an öffentlichen Gebäuden, das Kreis-Gericht, die Stadtschule, die Provinzial-Kranken-Anstalt, das Kreislazareth, das Kreis-Ständehaus, das Armenhaus, sowie das evangelische Pfarrhaus und die katholische Klosterkirche in der Neustadt, die Altstadt hat dagegen nur 185 Wohnhäuser und an öffentlichen Gebäuden außer einem alten Rathhause nur die evangelische und katholische Kirche und die jüdische Synagoge. Hiernach ist es nun wohl kein unbilliges Verlangen, wenn fortan der Neustadt, die übrigens auch ca. 300 Einwohner mehr als die Altstadt zählt, die größere Berücksichtigung zu Theil wird und die Märkte dorthin verlegt werden, wo das meistconsumirende Publikum wohnt. — Auch unser Kreistag hat die Unterstützung ländlicher Fortbildungsschulen aus Kreis-Communal-Mitteln abgelehnt. Man ging hier, wie auch in andern Kreistagen, von der Ansicht aus, daß die Eltern auf dem Lande froh seien, wenn die gesetzliche Schulzeit beendet sei, geschweige denn ihre Kinder noch nach derselben in die Schule zu schicken. — Der in den im diesseitigen Kreise gelegenen Ortschaften Topolno und Niwischin ausgebrochene Fleckentyphus scheint größere Dimensionen annehmen zu wollen; es sind wieder mehrere Personen erkrankt.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 19. Mai.

Weizen loco höher, per Tonne von 2000 ℔

feinglasig u. weiß	130-135℔ 218-230 M. Br.	
hochbunt . . .	128-132℔ 215-220 M. Br.	
hellbunt . . .	125-131℔ 212-220 M. Br.	195-225
bunt	124-128℔ 204-210 M. Br.	M. bez.
roth	128-132℔ 202-204 M. Br.	
ordinair . . .	113-125℔ 185-198 M. Br.	

Regulirungspreis 126℔ bunt lieferbar 210 M.

Auf Lieferung 126℔ bunt per Mai und Mai-Juni 210 M. Gd., per Juni-Juli 210 M. Gd., per Juli-August 213 M. bez., per August-September 215 M. bez., per September-October 215 M. Gd.

Roggen loco unverändert, per Tonne von 2000 ℔ poln. 151 M. per 120℔ bez.

Regulirungspreis 120℔ lieferbar 149 M.

Auf Lieferung per Mai 151 M. bez.

Rübsen loco per Tonne von 2000 ℔ per September-October 290 M. bez.

Spiritus loco per 10,000 pCt. Liter per Mai-Juni 50 M. bez.

Wechsel- und Fondscourse. London, 8 Tage, 20,40 Gd., 20,40 gem., do. 3 Monat, 20,335 Br., 20,335 gem. Paris, 8 Tage, 80,95 Br. 4½ pCt. Preußische Consolidirte Staats-Anleihe 104,15 Gd. 3½ pCt. Preuß. Staats-Schuldscheine 93,85 Gd. 3½ pCt. Westpreußische Pfandbriefe, ritterschaftlich 84,40 Gd., 4 pCt. do. do. 95 25 Gd., 4½ pCt. do. do. 101,65 Br., 5 pCt. do. do. 106,00 Gd. 5 pCt. Danziger Hypotheken-Pfandbriefe 100,25 Br. 5 pCt. Pommersche Hypotheken-Pfandbriefe 100,50 Br. 5 pCt. Stettiner National-Hypotheken-Pfandbriefe 101,00 Br.

Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, den 19 Mai 1876.

Getreide-Börse. Wetter: Nachts Frost, am Morgen Schnee, dann klare aber kalte Luft, Wind: N.

Weizen loco hat auch am heutigen Markte ziemlich lebhafte Frage gefunden und bewilligte man auch 2 bis 3 M. per Tonne höhere Preise als gestern. Verkauft wurden 870 Tonnen, darunter 450 Tonnen alt und ist bezahlt für Sommer- 129 30℔ 204 205 M, ordinär hellfarbig mit Auswuchs 110, 115℔ 190, 193 M., bunt 122/3℔ 207 M., hellfarbig 125℔ 212 M., 126/7℔ 214 M., 127℔ 215 M., hellbunt 128, 129/30℔ 217 M., 131℔ 221 M., alt gut bunt und hellfarbig 129, 131, 133℔ 220 M., hochbunt glasig 131℔ 225 M. per Tonne. Termine theuer, Mai, Mai-Juni, Juni-Juli 210 M. Gd., Juli-August 213 M. bez., August-September 215 M. bez., September October 218 M. Br., 215 M. Gd., Regulirungspreis 210 M. Gekündigt wurden 50 Tonnen.

Roggen loco höher gehalten, polnischer 10 Tonnen 123℔ sind zu 154 M per Tonne verkauft. Termine Mai 151 M. bez., Juni-Juli 151 M. Gd. Regulirungspreis 149 M. — Rübsen loco nicht gehandelt, Termine September-October 290 M. bez. — Spiritus loco ohne Zufuhr, Termine Mai-Juni 50 M. bezahlt.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluß des Blattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 18. Mai. [Productenmarkt.] Weizen loco fest, auf Termine besser. — Roggen loco fest, auf Termine fester. — Weizen per Mai 126℔ 1000 Kilo 215 Br., 214 Gd., per Juli-August 126℔ 213 Br., 212 Gd. — Roggen per Mai 1000 Kilo 155 Br., 154 Gd., per Juli-August 154 Br., 153 Gd. — Hafer ruhig. — Gerste fest. — Rüböl still, loco 63½, per Mai 63½, per Octbr. per 200 ℔ 63½. — Spiritus ruhig, per 100 Liter 100 pCt. per Mai 55¾. per Juni-Juli 56, per Juli-August 57, per September-October 58. — Kaffee steigend, Umsatz 6000 Sack. — Petroleum fester, Standard white loco 12,00 Br., 11,90 Gd., per Mai 11,90 Gd., per August-Dezbr. 12,25 Gd. — Wetter: Prachtvoll.

Schiffs-Listen.

Neufahrwasser, 19. Mai. Wind: NNO.

Angekommen: Martha Topzant, Lübeck, Ballast. Maria, Schilling, Colbergermünde, eschene Hölzer (via Pillau nach St. Petersburg bestimmt). — Sr. Maj. Kanonenboot Delphin.

In der Bucht vor Anker: Kronprinz (SD.).

Ankommend: 1 Schiff.

Thorn, 18. Mai. Wasserstand: 6 Fuß 10 Zoll. Wind: N Wetter: freundlich.

Stromauf:

Von Danzig nach Warschau und Thorn: Adam, Großmann u. Neisser, Portland-Cementfabrik, Cement und Asphalt.

Von Danzig nach Warschau: C. Adam, Dauben u. Ick, Harz.

Stromab:

Tyranski, Bogacki, Wloclawek, Danzig, 1 Kahn, 1479 Ctr. Weizen.

Tietz, Peretz, Wloclawek, Danzig, 1 Kahn, 2040 Ctr. Weizen.

Weidenfeldt, Domainski, Dziari, Danzig, 10 Traften, 12 Schock Faßholz, 18296 St. Eisenbahnschwellen, 2054 St. Mauerlatten.

Strauch, Herrmann, Kian, Schulitz, 7 Traften, 1720 St. Balken w. H.

G. Strauch Friedel, Topidez, Schulitz, 4 Traften, 1111 St. Balken w. H.

Munk, Lauterbach, Lzar, Schulitz, 5 Traften, 1100 St. Balken w. H., 18000 Eisenbahnschwellen.

Thiele, Rhodemann, Lasi, Schulitz, 5 Traften, 76 St. Balken h. H., 873 St. Balken w. H., 159 Schock Faßholz, 52 St. Eisenbahnschwellen, 9291 St. Mauerlatten.

Anuschak, Lindau, Dinowo, Schulitz, 4 Traften, 90 St. Balken h. H., 1092 St. Balken w. H.

Frölich, Falkenbergs Söhne, Balistok, Cüstrin, 5 Traften, 1320 St. Balken w. H.

Wegner, Falkenbergs Söhne, Balistok, Cüstrin, 5 Traften, 1470 St. Balken w. H.

Zweichenstrauch, Goldschmidts Söhne, Toritz, Danzig, 7 Traften, 1600 St. Balken w. H., 40 Schock Faßholz, 300 St. Eisenbahnschwellen, 1500 St. Mauerlatten.

Polakewicz Blum, Johannisburg, Danzig, 6 Traften, 1859 St. Balken w. H.

Wellitschke, Wellitschke, Oßilluk, Danzig, 5 Traften, 5304 Ctr. 32 ℔ Weizen, 100 Schock Faßholz, 5582 St. Balken w. H.

Staßewski, Peretz, Wloclawek, Thorn, 1 Kahn, 1530 Ctr. Weizen.

Bartel, Glaß, Wyszogrod, Thorn, 1 Kahn, 1683 Ctr. Roggen.

Krüger, Leiser, Thorn, Nakel, 1 Kahn, 1632 Ctr. Roggen.

Meteorologische Beobachtungen.

18 4	338,61	+ 5,4	N., mäßig, hell, bewölkt.
19 8	341,36	+ 0,4	„ stürmisch, Schnee.
12	341,72	+ 2,7	„ s. heftig, hell, bewölkt.

Durch die Geburt eines Knaben wurden erfreut

Paul Kliewer
und Frau, geb. Glitz.

Danzig, den 19. Mai 1876.

Den 16. d. M., Mittags 12 Uhr, wurde meine Frau **Paula**, geb. Mahncke, von einem Mädchen leicht und glücklich entbunden.

Gramten, den 18. Mai 1876.

25?6) **Mahncke.**

Heute Nachmittag ½3 Uhr entschlief sanft nach langem schweren Leiden mein mir unvergeßlicher einziger Sohn, unser Bruder, Schwager, Onkel und Cousin, der Handlungs-Commis

Friedrich Theodor Witt

in seinem 34. Lebensjahre. Wer den Dahingeschiedenen gekannt, wird unsern Schmerz zu würdigen wissen.

Danzig, den 18. Mai 1876.

Amalie Witt, Reg.-Secr.-Wwe.
Emilie Maiwald, geb. Witt.
Johanna Witt.

Vorschuß-Verein zu Danzig,

Eingetragene Genossenschaft.

Status am 31. März 1876.

Activa.

Baar-Bestand	R₱ 15,926,64.
Effekten	= 36,000,00.
Wechselbestand	= 648,437,84.
Mobilien	= 454,00.

Passiva.

Reservefonds	R₱ 13,544,85.
Geschäftsantheile	= 167,233,08.
Verzinsliche Depositen . .	= 474,893,07
Spareinlagen	= 28,074,92.

Zahl der Genossenschafter: 1490.

Der Vorstand.
W. Radewald. E. Doubberck.
Fritsch.

Auction über schott. Steinkohlentheer.

Am **Sonnabend, den 20. d. M.,** Vormittags 11 Uhr, werde ich auf dem Theerhofe hierselbst

einige 100 Fass besten schottisch. Steinkohlentheer

in beliebigen Quantitäten nach Wunsch der Käufer versteigern.

Bekannten Käufern wird üblicher Acceptcredit gewährt.

F. G. Reinhold.

Dampfer „Neptun", Capit. **Liedtke,** ladet **Freitag** und **Sonnabend** in der Stadt, **Montag** in Neufahrwasser Güter nach den Weichselstädten bis **Graudenz.**

Anmeldungen erbittet

A. R. Piltz,
2451) **Schäferei 12.**

Eine große Auswahl

hochfeiner Tafel-Confitüren

traf ein im

Confitüren-Geschäft
von
Paul Liebert,
Milchkannengasse No. 14.

NB. Bestellungen nach auswärts werden prompt ausgeführt.

Deutschen Schweizerkäse

pro Pfund 50 Pf.,

□-**Käse pro Stück 25 Pf.**

empfiehlt

Magnus Bradtke.

Geräucherten Lachs,

Aale, Speckflundern und Bücklinge, marin. Lachs und Bratheringe, Aalmarinaden, Neunaugen, russische Sardinen u. Anchovis in kl. Fäßchen, neuen Elb-Caviar, präpar. Hummer nebst Sauce in Blechbüchsen, sowie frischen Lachs, Steinbutten, Karpfen, Aale ꝛc. versendet zeitgemäß billigst unter Nachnahme **Brunzen's** Seefisch-Handlung.

Sonnen-Schirme

empfiehlt
die
Schirm-Fabrik
von
Adalbert Karau,
35. Langgasse 35.

An Offiziere, Kaufleute oder höhere Beamte, ist ein gr. möbl. Zimmer mit Kabinet, Vorst. Graben 61, 1 Tr. v. 1. Juni zu vermiethen. Näh. daselbst.

Damen, die in Zurückgezogenheit ihre Niederkunft abwarten wollen, finden freundliche Aufnahme bei der Hebeamme **Stefanski,** Kneipab 20.

Neues

in leichten, fein wollenen, gestrickten und gewebten Tüchern

in Wolle und Mohair, garnirt und ungarnirt, für die Sommersaison, erhielt und empfiehlt in großer Auswahl

Otto Harder,

Große Krämergasse 3 und 2.

Echt russische Cigaretten

sind so eben im General-Depot ersten Damm No. 14, eingetroffen.

Carl Hoppenrath,

Danzig.

Frische Lissabonner Kartoffeln, Neue engl. Matjesheringe

empfing

H. Regier, Hundegasse No. 80.

A. F. Gelb.

Vollständiger Aus-verkauf.

Wegen Aufgabe meines **Papier-, Kurz- und Spiel-Waaren-Geschäfts** verkaufe ich sämmtliche Sachen meines noch reich sortirten Lagers bedeutend unter dem Kostenpreise.

A. F. Gelb
Gr. Krämergasse 6.

Auch ist das Geschäft im Ganzen zu verkaufen.

Neun und Dreißigster Rechenschafts-Bericht

der

Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Im Jahre 1875, **dem 39. Geschäftsjahre der Gesellschaft,** wurden
1915 neue Versicherungen mit Mk. 10,915,400 Kapital und Mk. 15,958. 90. jährlicher Rente abgeschlossen,
369 Personen mit Mk. 1,574,014²/₇ Kapital als verstorben angemeldet und Mk. 3,733,034. 81. an Kapital-Einzahlungen, Prämien und Netto-Zinsen eingenommen.

Am Schlusse des Jahres betrug:
der **Versicherungsbestand 16,338 Personen** mit **Mk. 81,135,547⁶/₇ Kapital** und **Mk. 82,058. 70. jährlicher Rente,**
der **Gesammt-Fond Mk. 21,112,985. 37.** und
die Summe der unvertheilten Ueberschüsse der letzten fünf Jahre **Mk. 2,581,765. 32.**

An die Versicherten gelangt im Jahre 1876 die Dividende pro 1871 mit **23 Procent** zur Vertheilung.

Berlin, den 1. Mai 1876.

Direction der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Vorstehenden Bericht bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, mit dem ergebenen Bemerken, daß Anträge auf Versicherung jederzeit angenommen werden.

Danzig, den 19. Mai 1876.

Ferdinand Drewitz,
Haupt-Agent der Berlinischen Lebens-Versicher.-Gesellschaft,
Kohlenmarkt No. 2.

Auction

mit Walzdraht zu Zäunen.

Dienstag, den 23. Mai, Vormittags 10 Uhr, werde ich für Rechnung wen es angeht, auf dem Königl. Seepackhofe

100 Bund Walzdraht à 50 Kilos

in etwas beschädigtem Zustande meistbietend öffentlich verkaufen.

Diesen Draht empfehle ich der Beachtung der Herren Landbewohner.

Collas.

Türkische Pflaumen,

große süße Frucht, offerire à Pfund 20 Pf.

neue böhmische Pflaumen

à Pfund 15 Pf.,
Pflaumenmuß empfehle.

Albert Meck, Heiligegeistgasse 29.

Zaundraht und Krampen, Draht- u. Schneidenägel, Ketten, engl. Brettschneideeisen und Ziehsägen, englische Schaffscheeren, Taschen- und Federmesser, Fliegen in allen Farben, Angelstöcke, Roßhaar- und Seidenschnur, Gimm u. Angelhaken empfiehlt zum billigsten Preise

A. W. Bräutigam,
2527) **Gr. Krämergasse No. 10.**

Geruchfreie Petroleum-Kochapparate

nebst dazu gehörigen Geschirren und passenden Dochten, lack. und verzinnte Vogelbauer in verschiedenen Größen empfing und empfiehlt zu bedeutend herabgesetzten Preisen **A. W. Bräutigam,**
2526) **Gr. Krämergasse 10.**

Jedes Quantum Preußischer Lotterieloose

wird innerhalb 14 Tagen zum Preise von 18 M. 25 ₰ per Viertel-Loos zur 1. Klasse gekauft.

Abgeneigte belieben ihre Adressen unt. No. 2519 in der Exped. dieser Ztg. einzureichen.

Das Neueste und Bequemste für Herren.

Hartgummi-Feuerzeuge für alle Sorten schwed. Streichhölzer mit **unverwüstlicher** Zündmasse, bequem in der Westentasche zu tragen.

Preis per Stück 1 M. 50 ₰

Verkaufsstelle zu erfragen in der Exped. dieser Ztg.

Ein sehr gut erhaltener **Wisgniewskischer Flügel** ist zu verkaufen

2474) **St. Albrecht 43.**

Meine Besitzung

nebst Gastwirthschaft in Weißflüß bei Bahnhof Rheda gelegen, 9 Morg. Ackerland, 3½ Morg. zweischn. Wiesen nebst Torfstich bin ich willens zum 1. Juni aus freier Hand meistbietend zu verkaufen.

2458) **Broczynski.**

Prima engl. Dachschiefer, holländ. Dachpfannen, Chamottsteine, Cement ꝛc. offerirt

Albert Fuhrmann.

Ein Rittergut

bestehend aus dem Hauptgut mit zwei Nebengütern, Areal zusammen 3700 magd. Morg., 5 Meilen von Danzig, 3 Meilen von der Bahn, Poststation am Ort, in bester Cultur, gute Gebäude, schöner Garten und bedeutender Torfstich, soll wegen vorgerückten Alters des Besitzers unter günstigen Bedingungen sofort verkauft werden.

Näheres ertheilen

M. Baranowski & Co.,
Danzig, Jopengasse 6.

Ein Gartengrundstück

in **Jäschkenthal** zu verkaufen. Adr. werd. unter 2516 in der Exp. d. Ztg. erbeten.

Besonders vortheilhafter Gutskauf.

Ein Gut, 1 Meile von der Ostbahn, in Westpreußen, Größe **1150 Morgen** Acker und **50 Morgen** Wiesen, **Winterung:** 367 Morgen, **Sommerung:** 240 M. Gerste, Erbsen und Hafer, 120 M. Kartoffeln, 240 M. Klee (zur Hälfte Mähklee). Hypothekenschulden **66 000 M. Landschaft** a 4½ %. Inventar: 18 Pferde, 30 Stück Rindvieh, 630 Schafe u. s. w., Abgaben 120 ℛ jährlich, gute Wirthschaftsgebäude (theils neu), ist für ca. **50 000** ℛ, bei 15 000 ℛ Anzahlung zu verkaufen durch

Th. Kleemann in Danzig,
Brodbänkengasse 33. (1983

Kalk

frisch gebrannt und direct aus dem Ofen, ab Kalkbrennerei Brösen, sowie ab Lager Danzig offerirt

W. Wirthschaft,
Gr. Gerbergasse 6.

Frisch gebrannten schwedisch. Kalk *offerirt billigst die Kalkbrennerei bei Legan. Bestellungen werden angenommen Breitgasse 16, 2 Tr. h. u. Langgarten 107*

C. H. Domansky Wwe.

Holz-Kohlen

sind eingetroffen.

Adolph Zimmermann,
Holzmarkt 23.

Besten englischen Gußstahl

zu **Steinbohrern,** sowie vorzügliches **Sprengpulver u. Zündschnur** offerirt

C. H. Zander Wwe.,
Kohlenmarkt 29B.

Wollsäcke, räumungsh. billig, leichte und schwere a 6 bis 14 Sgr.

3 Scheffel-Farmersäcke,
räumungshalber billig, a 12½ Sgr.

Bestellungen werden sofort ausgeführt.

Otto Retzlaff, Milchkannengasse 13

Beste gestampfte Hirsegrütze

empfehle ich pro Ctr mit 16 M., pro ℳ 25 ₰, pro Liter 40 ₰, **Buchweizen-Gries** pro Ctr mit 30 M., pro ℳ 40 ₰, pro Liter 60 ₰, **Buchweizen-Grützen** in verschiedenen Sorten zu billigen festen Preisen.

Adolph Zimmermann,
9520 **Holzmarkt No. 23.**

Spahnkober,

auch Spahnluschken genannt empfiehlt jedes beliebige Quantum in allen Sorten.

Adolph Zimmermann,
Holzmarkt No. 23

Weißen amerikanischen

Pferdezahn-Saat-Mais

letzter Ernte, in vorzüglicher Qualität, pro Centner 14 M., offerirt

Cäsar Tietze,
2561) **Kohlenmarkt No. 28.**

---

300 Stück starke Kiefern, 500 = Eichen,

zur Auswahl, ¼ Meile vom flößbaren Flusse entfernt, stehen zum Verkauf.

Näheres bei **G. Langer** in Gollub Westpreußen. (2539

Ein Königlicher Subaltern-Beamter sucht gegen 6% Zinsen und Unterfand **450 Thaler** zur Amts-Kaution.

Gef. Adr. werden unter 2540 in der Exp. dieser Ztg. erbeten.

Ein junger Mann mit Prima-Referenzen, gelernter Manufacturist, sucht eine Stelle als Commis oder Volontär. Gef. Adr. werden unter No. 2518 in der Exp. dieser Ztg. erbeten

---

Eine anst. junge Dame mit der Buchführung u. Stenographie vertraut, bittet um sof. Engagem. als Cassirerin, Verkäuferin oder Erzieherin. Näh. Drehergasse 10.

1—2 kleinere Knaben oder Mädchen finden eine gute und bill. Pension nebst Beaufsichtigung bei den Schularbeiten in einer anst. Familie. Auf Wunsch auch Klavierunterricht. Adr. werden unter 2528 in der Exp. dieser Ztg. erbeten.

Ein Secundaner wünscht Nachhilfestunden zu ertheilen.

Adr. werd. unter No. 2488 in der Exp. dieser Ztg. erbeten

Eine geprüfte Lehrerin,

die auch in der Musik guten Unterricht geben kann, wird für 3 Mädchen im Alter von 7—10 Jahren aufs Land zum 15. August gesucht

Meldungen unter No 2511 in der Exped. dieser Ztg.

Ein photogr. Gehilfe,

der selbstständig Aufnahme machen kann, findet sofort gute Stellung im Atelier von

M. Jacobson,
2548) **Königsberg** in Pr.

Eine anständ., gebildete, häusliche Dame in den vierziger Jahren, ohne Anhang, mit einem ihren disponiblen Vermögen, wünscht sich mit einem älteren gebildeten Beamten zu verheirathen.

Adressen werden unter 2510 in der Exp. dieser Ztg. erbeten.

Die Inspector- und die Rechnungsführer-Stelle in Witzleben bei Lobsens sind beide besetzt. Wienholtz.

Eine Wohnung,

bestehend aus 2 Stuben nebst Zubehör, wird von ruhigen kinderlosen Leuten auf Stadtgebiet zum 1. Octbr. zu miethen gesucht. Adr. nebst Preis-Angabe werden u. 2555 in der Exp. dieser Ztg. erbeten.

Eine möblirte Wohnung

von 3—4 Zimmern, Küche nebst Zubehör, wird vom 1. Juni ab gesucht. Adr. w. u. 2448 in der Exp. dieser Ztg. erbeten.

Eine Krankenwärterin m. g. Zeugn. ist zu erfr. Schloßgasse 8, 2 Tr.

Geschäfts-Eröffnung.

Sonnabend, den 20. Mai, eröffne ich in meinem Hause, **Jopengasse 24, vis-à-vis dem Pfarrhofe,**

ein Restaurant ersten Ranges, verbunden mit Familien-Salon,

in der ersten Etage.

Den Herren Billardspielern stehen 2 hocheleganteBillards zur Benutzung.

Es wird mein Bestreben sein, die mich beehrenden Gästen in jeder Hinsicht durch vorzügliche Küche, gute Biere, civile Preise und prompte Bedienung zufrieden zu stellen und das mir bisher geschenkte Vertrauen auch ferner zu erhalten und zu befestigen.

Adolph Punschke.

Wiener Café-Haus.

Von heute ab täglich

Riesenkrebse.

Rob. Wentzel.

Heute Freitag Abend

Karpfen in Bier.

Auch verzapfe täglich echt Erlanger und echt schlesisches Bier vom Fass.

Julius Franke,
Brodbänkengasse 44.

Müller's Restaurant,

Breitgasse No. 39.

Heute, sowie folgende Abende **großes Concert und Gesangs-Vorträge** der in ihren humoristischen Vorträgen nur **einzig** dastehenden Gesellschaft **de la Garde.** U. A.: **1, 2, 3, an der Bank vorbei** und **Ich bin der Isaak Eilberstein,** vorgetragen von Fräul. **de la Garde.**

Restaurant

8. Bleihof 8.

Erlaube mir einem geehrten Publikum mein neu decorirtes Local mit gutem Billard bei guten Speisen u. Getränken in Erinnerung zu bringen.

Achtungsvoll
Joh. Graeske.

NB. Neue auswärtige Bedienung.

Haase's Concert-Halle,

42. Breitgasse No. 42.

Erstes Auftreten der berühmten Chansonnette-Sängerin Fräul. **Käthchen Waldau** vom Germania-Theater in Leipzig, sowie Auftreten der so beliebten Soubrette Frl. **Olga Matschulat** und meiner Damencapelle. Anfang 8 Uhr. Entree 30 ₰.

Freundliche Einladung von
H. Haase.

Selonke's Theater.

Sonnabend, den 20. Mai: **Erstes Auftreten der Solotänzerinnen Geschwister Poplowska vom Hof- und National-Theater zu Pest. Gastspiel des Herrn und der Frau Nogendank.** U. A.: **Der Hausschlüssel,** oder: **Kalt gestellt!** Schwank. **Ein verschwiegener Droschkenkutscher.** Schwank mit Gesang.

---

2 Trauringe, gezeichnet **A. O.** und **A. M.,** in einem Schächtelchen, sind auf dem Wege von der Pfefferstadt bis Holzmarkt verloren worden. Abzugeben gegen Belohnung Vorstädt. Graben No 65. (2563

F. A. Morgen 8 U. H. Geistg. 107.

Kein. Gla. kei. Vertrau. mehr? F. Gr. B. Ant. Mei. L ga. vergß.? nur i. Anzug doch no. Hof! K.

Undine.

Königsb. Pferde-Lotterie, Ziehung

31. Mai 1876. Loose à 3 M.

Stettiner Pferde-Lotterie (Ziehung den 29. Mai 1876) Loose a 3 M.

Berliner Flora-Lotterie à 3 M.,

Johannesstift-Bazar-Loose a 50 ₰.

Schleswig-Holstein. Lotterie,

Kaufloose zur 5. Klasse (Ziehung den 14. Juni 1876) à 9 M. bei

Theod. Bertling, Gerbergasse No. 2.

Restaurant

Hotel de St. Petersburg.

Den Empfang einer Sendung **Nürnberger Märzenbier** feinster Qualität zeige hiermit ergebenst an und verzapfe dieses von heute ab.

Oscar Voigt.

Verantwortlicher Redacteur: H. Röckner.
Druck und Verlag von A. W. Kafemann,
Danzig.
Hierzu eine Beilage.

Beilage zu No. 9742 der Danziger Zeitung.

Danzig, 19. Mai 1876.

Danzig, 19. Mai.

* Der evangelische Ober-Kirchenrath hat an die Consistorien ein Rundschreiben gerichtet, wodurch sie zur Reorganisation der Kreissynoden aufgefordert werden, und zwar zunächst so weit die gewählten Mitglieder dabei in Betracht kommen. „Die angemessene Erledigung dieser Repartition", heißt es im Verlaufe des Schreibens, „bildet eine eben so wichtige wie schwierige Aufgabe. Dieselbe fällt für das erste Mal dem Consistorium in seiner Verstärkung durch den Provinzialsynodal-Vorstand, nach gutachtlicher Anhörung der Kreissynodal-Vorstände, zu. Das Consistorium wird sich zunächst der Aufgabe unterziehen müssen, die Seelenzahl der einzelnen Gemeinden festzustellen und nach den vorher besprochenen Gesichtspunkten . . . . einen Plan zu entwerfen, der dann der gutachtlichen Beurtheilung der Kreissynodal-Vorstände mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse zu übergeben ist. Nach Eingang dieser Gutachten hat dann die schließliche Feststellung der Vertheilung unter Zuziehung des Provinzial-Synodal-Vorstandes zu erfolgen". Der Ober-Kirchenrath erwartet in zwei Monaten Bericht über den Stand der Verhandlungen und lenkt gleichzeitig die Aufmerksamkeit der Consistorien auf die Theilung großerer Diöcesen. Eine Kreissynode dürfe nicht zu einem Personalbestande anwachsen, der mit ihrem Geschäftskreise in keinem Verhältnisse stehe und die gedeihliche Führung ihrer Verhandlung hindere. Es sei hiefür schon um deshalb keine bestimmte Zahl zu bezeichnen, weil die concreten Verhältnisse in erster Stelle in Betracht kommen; ein Personalbestand der Synoden von etwa 50 Mitgliedern sei als der wünschenswerthe zu betrachten.

† Marienburg, 18. Mai. Nach einem in der letzten Generalversammlung des Marienburger Männerturnvereins gefaßten Beschlüsse werden bei dem am 4. Juni in Insterburg stattfindenden Turntage des Kreises Nordosten der Deutschen Turnerschaft auch zwei diesseitige Deputirte anwesend sein. Vorher beabsichtigen die Turner noch in der Gesammtheit eine Fahrt zu Wasser nach Elbing zu unternehmen, um unsere Nogat vollständig kennen zu lernen und am Endpunkte der Reise einen heitern Tag zu verleben. Dem Vernehmen nach ist dazu der Himmelfahrtstag ausersehen worden. — Unter mehrfachen kleineren Verletzungen gegen das Strafgesetzbuch kam am Dienstage ein auch im weitern Kreise interessirender Fall gegen die hier ansässigen Kleiderhändler Steinfeld und Kaufmann Ritter zur Verhandlung, welche des Betruges und der versuchten Erpressung angeklagt waren. Vor einiger Zeit hatte der Zimmermeister Weiß hierselbst die Zahlungen einstellen müssen. Steinfeld benutzte nun diesen Umstand, um der Mutter des W. einzureden, sie müsse für alle Schulden ihres Sohnes aufkommen, und es sei sehr vortheilhaft, wenn sie ein noch in ihren Händen befindliches Document im Werthe von 3000 Thlr., allerdings mit einem Verlust von 1000 Thlr., an den Kaufmann Ritter verkaufen würde. Die Frau ließ sich zu diesem Geschäft überreden, wofür sie außerdem noch 200 Thlr. Provision zu zahlen hatte. Endlich kamen indeß die Verwandten der Frau auf den Grund der Sache, und deren letzter Act spielte sich eben auf der Angeklagtenbank ab, endete aber mit der Freisprechung beider Angeklagten, gegen deren einen — Steinfeld nämlich — der Staatsanwalt eine Gefängnißstrafe von 1½ Jahren, 1500 M. Geldbuße, bezw. noch 6 Monate Gefängniß und Verlust der Ehrenrechte für die Dauer von 3 Jahren beantragt hatte. Der Staatsanwalt hat sofort nach erfolgten Freisprechung die Berufung der zweiten Instanz angemeldet. — Die Meinhold'sche Apotheke (Rathsapotheke) ist gestern für den Preis von 114,000 M. in anderweiten Besitz übergegangen. Dieselbe war vor ca. 7 Jahren von ihrem jetzigen Besitzer für 70,500 M. gekauft worden.

— Für den Nogatstrom vom Kraffohlcanal bei Zeyer bis zum frischen Haff und für die Mündungen der Nogat soll nunmehr eine Fischerei-Genossenschaft gebildet werden. Um etwaige Einsprüche gegen dies Project und das Genossenschaftsstatut zu hören, ist von der Regierung zu Danzig ein Local-Termin in Zeyer auf den 13. Juni anberaumt worden.

© Stuhm, 18. Mai. Gestern fand hier eine Kreislehrer-Conferenz unter Leitung des Reg.-Schulraths Schulz und des Kreisschulinspectors Korassek aus Marienwerder statt. Letzterer, der den meisten Lehrern noch nicht bekannt war, hat durch sein Wesen, wie er sich gab, sowie durch die sehr eingehenden und lehrreichen Winke über die zur Behandlung gekommenen schulkundlichen Themata die Achtung und das Vertrauen der Lehrer gewonnen. Die Conferenz vereinigte die Lehrer beider Confessionen und währte länger als 4 Stunden. Die Herren Schulz und Karassek haben ihre Inspectionsreise dem Vernehmen nach heute nach Altmark fortgesetzt.

Elbing, 18. Mai. In einem hiesigen Schank geschäfte sind in den letzten Tagen einige Münzen vereinnahmt worden, die, auf dem Revers den ächten 5 Pfg.-Nickelmünzen sehr ähnlich, dadurch aber leicht kenntlich sind, daß auf dem Avers statt der 5 eine 1 geprägt ist. Sie documentiren sich dadurch als mit Quecksilber amalgamirte 1 Pfennigstücke. Es ist dennoch vor diesen Münzen zu warnen, da dieselben regelmäßig so auf den Ladentisch gelegt wurden, daß der Revers sichtbar war, während die 1 bedeckt blieb und bei lebhaftem Geschäfte im Kleinverkehr sich selten Jemand Zeit läßt, so wenig werthvolle Münzen genau zu besehen. (A. Z.)

Königsberg, 18. Mai. Bis gestern waren zum diesjährigen Pferdemarkte ca. 291 Pferde, größtentheils von Pferdezüchtern, angemeldet worden; die auswärtigen Pferdehändler, die sonst den Markt zu beschicken pflegen, scheinen sich noch Zeit zu lassen, obschon augenblicklich nur für 370 Pferde Stallungen auf dem Markte erbaut sind. Zum ersten Male in diesem Jahre wurden die Stallungen mit großen gedruckten Plakaten mit dem Namen der Besitzer, sowie der Bezeichnung der eingestallten Pferde ausgezeichnet sein. Der Verkauf der Pferdelotterieloose geht außerordentlich, er ist, bis auf einige hundert Loose, als beendigt zu betrachten. — Von den am Sonnabend im B.'schen Holzgarten durch das Zusammenstürzen eines hohen Stapels Brennholz verunglückten fünf Knaben hat einer das Leben eingebüßt, die andern vier befinden sich noch unter ärztlicher Behandlung: sie werden voraussichtlich dem Leben erhalten werden. Die eingeleitete Untersuchung wird ergeben, wen die Schuld an diesem beklagenswerthen Unglücksfalle trifft. — Eine Anzahl liberaler Wähler des Wahlkreises Fischhausen Landkr. Königsberg sind zusammengetreten, um 1) beim Reichstage gegen die Wahl des Baron v. d. Goltz-Kallen Protest einzulegen, 2) eine Beschwerde über geschehene Wahlbeeinflussungen 2c. bei der königlichen Regierung einzureichen. Wahl-Commissarius war der Landrath v. Hüllessem. (K. H. Z.)

Memel, 18. Mai. Das gestrandete Schiff „Drie Gebröders", welches Herr J. für 22 M. erstanden hat, ist in verhältnißmäßig kurzer Zeit flott gemacht und bereits hierher geschafft. Die Kosten dafür haben circa 2400 M. betragen. Das Schiff ist erst zwei Jahre alt, und wenngleich die Reparatur desselben mit erheblichen Kosten verknüpft ist, wird der Käufer das Geschäft nicht zu beklagen haben.

Vermischtes.

— Ignatz Brüll, der Componist der Oper „Das goldene Kreuz", ist so eben mit einem neuen Werk beschäftigt, zu dem das Libretto nach Bauernfeld's „Landfrieden" gearbeitet ist.

— Die städtischen Behörden zu Augsburg haben den Bau eines Theaters mit einem Kostenaufwand von 950 000 M. beschlossen.

— Anastasius Grün (Graf Anton Auersperg) hat, wie die „Grazer Ztg." meldet, sämmtliche Festgaben, die ihm zu seinem siebzigsten Geburtstage aus nah und fern zugesendet worden sind, zu einer Gruppe vereinigt photographiren lassen und versendet nun diese Photographien als Zeichen seines Dankes an seine zahlreichen Freunde und Verehrer und an seine Korporationen, die sich an der Jubiläumsfeier betheiligt haben. Auf der Photographie sieht man im Vordergrunde die zahlreichen kostbaren Adressen und Diplome ausgebreitet, inmitten derselben die prachtvolle Kassette, welche die Gräfin Auersperg ihrem Gemahle gewidmet hat, und die Denkmünze der „Concordia", oben das schöne Modell der Wiener Schiller-Statue, von einer Menge Bouquets umgeben, ferner das Jugendportrait Göthes, daß der Dichter als Geschenk erhalten, die Büste des Jubilars und eine große Zahl von Kränzen.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Bremen, 18. Mai. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 11,40, per Juni 11,50, per Juli 11,75, per August-Dezember 12,50. Ruhig.

Frankfurt, a. M., 18. Mai. Effecten-Societät. Creditactien 112⅞, Franzosen 222⅞, Lombarden 61⅜, Galizier 162½, Reichsbank —, 1860er Loose 98½. Schwach.

Amsterdam, 18. Mai. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen per Novbr. 314. — Roggen per Juli 190, per October 195.

Wien, 18. Mai. (Schlußcourse.) Papierrente 65,75, Silberrente 69,60, 1854r Loose 105,00, Nationalb. 836,00, Nordbahn 1815, Creditactien 134,20, Franzosen 264,00, Galizier 191,50, Kaschau-Oderberger 99,00, Pardubitzer 117,00, Nordwestbahn 127,50, do. Lit. B. 40,00, London 120,10, Hamburg 58,45, Paris 47,35, Frankfurt 58,45, Amsterdam 99,20, Creditloose 156,00, 1860r Loose 109,00, Lomb. Eisenbahn 74,75, 1864r Loose 130,50. Unionbank 63,00, Anglo-Austria 64,80, Napoleons 9,54, Dukaten 5,65, Silbercoupons 102,80, Elisabethbahn 146,00, Ungarische Prämienloose 69,70, Deutsche Reichsbanknoten 58,95. Türkische Loose 17,25.

London, 18. Mai. [Schluß-Course.] Consols 96⅞. 5 pCt. Italienische Rente 71¼. Lombarden 6⅛. 3 pCt. Lombarden-Prioritäten alte 9. 3 pCt. Lombarden-Prioritäten neue —. 5 pCt. Russen de 1871 96. 5 pCt. Russen de 1872 97¼. Silber 52⅞. Türkische Anleihe de 1865 12⅝. 5 pCt. Türken de 1869 13¾. 6 pCt. Vereinigte Staaten per 1885 104¼. 6 pCt. Vereinigte Staaten 5 pCt. fundirte 106⅝. Oesterreichische Silberrente —. Oesterreichische Papierrente —. 6 pCt. ungarische Schatzbonds 85. 6 pCt. ungarische Schatzbonds 2. Emission 81¾. Spanier 13¼. 5 pCt. Peruaner 20. — In die Bank flossen heute 143 000 Pfd. Sterl. Platzdiscont 1⅜ pCt.

London, 18. Mai. Bankausweis. Totalreserve 13,662,419, Notenumlauf 27,902,930, Baarvorrath 26,565,349, Portefeuille 17,223,912, Guth. der Priv. 20,271,749, Guth. d. Staates 7,174,728, Notenreserve 12,868,905, Regierungssicherheiten 14,545,365 Pfd. St.

Paris, 18. Mai. Bankausweis. Baarvorrath 18,140,000 Zunahme, Portefeuille der Hauptbank u. d. Filialen 2,442,000 Zun., Guthaben des Staatsschatzes 5,154,000 Zun., Laufende Rechnungen der Privaten 14,688,000 Zun., Schuld des Staatsschatzes 25,063,000 Abnahme, Gesammt-Vorschüsse 821,000 Abn., Notenumlauf 4,966,000 Fr. Abn.

Paris, 18. Mai. (Schlußbericht.) 3 pCt. Rente 67, 82½. Anleihe de 1872 105,25. Italienische 5 pCt. Rente 71,95. Ital. Tabaks-Actien —. Italienische Tabaks-Obligationen —. Franzosen 561,25. Lombardische Eisenbahn-Actien 153,75. Lombardische Prioritäten 228,00. Türken de 1865 12,35. Türken de 1869 72,00. Türkenloose 37,50. Credit mobilier 155. Spanier extér. 13,43, do. inter. 12,43. Suezcanal-Actien 732. Banque ottomane 362, Société générale 522. Egypter 223. — Wechsel auf London 25,22½. — Matt, Schluß ruhig.

Paris, 18. Mai. Productenmarkt. Weizen behpt., per Mai 29,00, per Juni 29,00, per Juli-August 29,75, per September-Dezember 30,50. Mehl bhpt., per Mai 63,00, per Juni 63,50, per Juli-August 64,75, per September-Dezember 66,00. Rüböl behpt., per Mai 79,25, per Juli-August 80,25, per September-Dezember 82,50, per Januar-April 83,50. Spiritus matt, per Mai 47,25, per Juli-August 47,50.

Antwerpen, 18. Mai. **Getreidemarkt.** (Schlußbericht.) Weizen steigend, dänischer 29¾. Roggen fest, bulgarischer 21½. Hafer stetig, Riga 21. Gerste unverändert. — **Petroleummarkt.** (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 28 bez. und Br., pr. Mai 27¾ Br., pr. Juni 28½ Br., pr. September 30 Br., pr. September-Dezember 30½ Br. — Ruhig.

Newyork, 17. Mai. (Schlußcourse.) Wechsel auf London in Gold 4 D 87½ C., Goldagio 12⅝, 5/20 Bonds pr. 1885 114¾, do. 5 pCt. fundirte 117¼, 5/20 Bonds pr. 1887 121⅛, Eriebahn 14¾, Central-Pacific 108¼, Newyork Centralbahn 109¾. Höchste Notirung des Goldagios 12¾, niedrigste 12⅜. — **Waarenbericht.** Baumwolle in Newyork 12¼, do. in New-Orleans 11¾, Petroleum in Newyork 14⅛, do. in Philadelphia 14, Mehl 5 D. 15 C., Rother Frühjahrsweizen 1 D 34 C., Mais (old mixed) 63 C. Zucker (fair refining Muscovados) 7⅝, Kaffee (Rio-) 17⅜, Schmalz (Marke Wilcox) 13⅛ C., Speck (short clear) 11¾ C. Getreidefracht 7.

Productenmärkte.

Königsberg, 18. Mai. (v. Portatius & Grothe.) Weizen pr. 1000 Kilo bunter russ. 124/5℔ 202,25 M. bez., rother 126℔ 211,75, 129℔ 214, russ. 114/5℔ 181,25 M. bez. — Roggen pr. 1000 Kilo inländischer 124/5℔ 160, 127/8℔ 162,50 M. bez., fremder 111℔ 137,50, 118/9℔ 145,50 M. bez., Mai-Juni 151 M. Br., 149½ M. Gd., Juni-Juli 151 M. Br., 149½ M. Gd., Sept.-Oct. 156½ M. Br., 155 M. Gd. — Gerste pr. 1000 Kilo kleine 171,50 M. bez. — Hafer pr. 1000 Kilo loco 180 M. bez. — Erbsen pr. 1000 Kilo weiße 166⅝ M. bez. — Dotter pr. 1000 Kilo 208,25 M. bez. — Spiritus pr. 10 000 Liter pCt. ohne Faß in Posten von 5000 Liter und darüber loco 51¾ M. bez., Frühjahr 52 M. Br., 51½ M. Gd., Mai-Juni 51¾ M. bez., Juni 52 M. Br., 51½ M. Gd., Juli 52¼ M. bez., August 52¾ M. bez., Septbr. 53¼ M. bez., Septr.-Oct. 52 M. Br., 51½ M. Gd.

Stettin, 18. Mai. Weizen pr. Mai-Juni 209,00 M., pr. Juni-Juli 211,00 M., pr. September-October 213,00 M. — Roggen pr. Mai 147,00 M., pr. Mai-Juni 147,50 M., pr. September-October 151,00 M. — Rüböl 100 Kilogr. pr. Mai 65,00 M., pr. September-October 63,00 M. — Spiritus loco 48,40 M., pr. Mai-Juni 48,40 M., pr. Juni-Juli 48,40 M., pr. Juli-August —. — Rübsen pr. Herbst 290,00 M. — Petroleum loco 12,30 M. bez., Regulirungspreis 12,30 M., pr. September-October 11,90 M. Br.

Breslau, 18. Mai. Kleesamen rother pr. 50 Kilogr. 50—58—60—63 M., weißer pr. 50 Kilogr. 58—60—62—66 M., hochfein über Notiz. — Thymothee nominell, pr. 50 Kilogr. 36—39—42 M. — Reygras 18,50—21,50 M.

Berlin, 18. Mai. Weizen loco pr. 1000 Kilogramm 183—230 M. nach Qualität gefordert, pr. Mai 211,00—210,50 M. bez., pr. Mai-Juni 211,00—210,50 M. bez., pr. Juni-Juli 211,00—210,50 M. bez., pr. Juli-August 213,00 M. bez., pr. September-October 214,50—214,00 M. bez. — Roggen loco pr. 1000 Kilogr. 150—169 M. nach Qual. gef., pr. Mai 156,50—158,00 M. bez., pr. Mai-Juni 155,00—156,00—155,50 M. bez., pr. Juni-Juli 153,50—154,00—153,50 bez., pr. Juli-August 153,50—154,00—153,50 M. bez., pr. August-September — M. bez., pr. September-October 156,50—156,00 M. bez. — Gerste loco pr. 1000 Kilogr. 144—183 M. n. Qual. gef. — Hafer loco pr. 1000 Kilogr. 150—195 M. nach Qual. gef. — Erbsen loco pr. 1000 Kilogr. Kochwaare 184—210 M. nach Qual., Futterwaare 173—183 M. nach Qual. bez. — Weizenmehl pr. 100 Kilogr. brutto unverst. incl. Sack No. 0 28,00—27,00 M., No. 0 und 1 26,00 bis 24,50 M. — Roggenmehl pr. 100 Kilogr. unverst. incl. Sack No. 0 24,00—22,50 M. No. 0 u. 1 21,50—20,00 M., pr. Mai 21,20—21,25 M. bez., pr. Mai-Juni 21,20—21,25 M. bez., pr. Juni-Juli 21,20—21,25 M. bez., pr. Juli-August 21,40 M. bez., pr. August-September 21,55 M. bez., pr. September-October 21,65 M. bez., pr. October-November — M. bez. — Leinöl pr. 100 Kilogr. ohne Faß — M. bez. — Rüböl pr. 100 Kilogr. loco ohne Faß 64 M. bez., pr. Mai 64,6 M. bez., pr. Mai-Juni 64,5—64,3 M. bez., pr. Juni-Juli 64,2 M. Br., pr. Juli-August 63,8—63,6 M. bez., pr. September-October 63,6—63,5 M. bez. — Petroleum raff. pr. 100 Kilogr. mit Faß loco 27 M. bez., pr. Mai 24,5 M. bez., pr. Mai-Juni — bez., pr. September-October 25,5 M. bez. — Spiritus pr. 100 Liter à 100 pCt. = 10,000 pCt. loco ohne Faß 48—48,2 M. bez., mit Faß pr. Mai 48,2—47,7—48,5 M. bez., pr. Mai-Juni 48,2—47,7—48,5 M. bez., pr. Juni-Juli 48,3—48,7—48,6 M. bez., pr. Juli-August 49,2—49,4—49,3 M. bez., pr. August-September 50,1—50,4—50,2 M. bez., pr. September-October 50,1—50,4—50,3 M. bez.

Berliner Fondsbörse vom 18. Mai 1876.

Der Wochenausweis der Reichsbank ließ einen starken Rückstrom der Gelder in die Bank erkennen und lieferte die Basis zu einer recht festen und animirten Haltung der Börse. Die Course der Hauptpapiere setzten fast sämmtlich mit kleineren Erhöhungen ein und erweiterten die Avance gegen die gestrigen Schlußcourse auch im weiteren Verlaufe des Geschäftes. Die internationalen Speculationspapiere unterlagen mehrfachen Schwankungen. Sehr fest zeigten sich Lombarden, die ca. 10 M. über gestrigen Schluß steigen. Oesterreichische Creditactien und Oesterreichische Staatsbahn trugen einen weniger festen Charakter, gingen aber ziemlich rege um. Oesterreichische Nebenbahnen blieben meist geschäftslos, nur Galizier begegneten einer freundlichen Aufnahme und zogen im Course etwas an. Die localen Speculationseffecten notiren ebenfalls meist höher. Für Disconto-Commandit-Antheile trat einige Kauflust auf, Laurahütte war mehr begehrt, da man wissen wollte, daß pro 1875 eine mäßige Dividende zur Auszahlung gelangen würde. Auswärtige Staatsanleihen waren fest, belebt zeigten sich jedoch nur 1860er Loose. Oesterreichische Renten hielten sich unverändert Italiener und Türken vernachlässigt. Von russischen Werthen Prämien-Anleihen beliebt. Preußische und andere deutsche Staatspapiere still. Eisenbahn-Prioritäten behaupteten sich im Ganzen recht gut. Auf dem Eisenbahn-Actienmarkte blieben die Umsätze gering, besonders waren die Rheinisch-Westfälischen Speculationsdevisen trotz ihrer höheren Course vernachlässigt. Bankactien ruhig, aber ziemlich fest. Industriepapiere unbelebt.

† Zinsen vom Staate garantirt.

Deutsche Fonds.

Consolidirte Anl	4½	104,50
Pr. Staats-Anl.	4	99,60
Staats-Schuldsch.	3½	94,20
Pr. Präm.-A. 1855	3½	131,40
Landsch. C.-Pfdbr.	4	96
Ostpreuß. Pfdbr.	3½	85,75
do. do.	4	95,75
do. do.	4½	102
Pomm. Pfandbr.	3½	84,50
do. do.	4	95,30
do. do.	4½	102,90
Posensche neue do.	4	94,80
Westpreuß. Pfdbr.	3½	84,75
do. do.	4	95,60
do. do.	4½	101,30
do. II. Ser.	5	106,10
do. do.	4½	100,50
do neue	4	98
do. do.	4½	101,60
do. do. II. S.	4½	101,10
Pomm. Rentenbr.	4	97,50
Posensche do.	4	96,90
Preußische do.	4	97
Bad. Präm.-Anl. von 1867	4	119
Bayer. Präm.-A.	4	122
Braunsch. Pr.-A.	—	82,50
Köln.-Md.-Pr.-S.	3½	109,50
Hmbg. 50rtl. Loose	3	170,50
Lübecker Pr.-Anl.	3½	170,90
Oldenburg. Loose	3	135

Hypotheken-Pfandbr.

U. k. Pfd. Pr.-H.-Bk.	5	100,20
Bod.-Crd.-Hyp.-Pfd.	5	103,30
Cent. Bd.-Cr.-Pfdb	5	107,40
do. do.	4½	98,50
Kündb. do.	4½	100,25
Danz. Hyp.-Pfdbr	5	100,00
Goth. Präm.-Pfd.	5	109,25
Pomm Hyp.-Pfdb. II. u. IV. Em. rz. 110	5	102
III. Em. rz. 100	5	100,50
Stett. Nat.-Hyp.-B.	5	101

Ausländische Fonds.

Oesterr. Pap.-Rente	4⅕	55,70
do. Silber-Rente	4⅕	58,60
do. Loose 1854	4	97
do. Cred.-L. v. 1858	—	306
do. Loose v. 1860	5	99
do. Loose v. 1864	—	267
Ungar. Eisenb.-An.	5	68,90
Ungarische Loose	5	143,50
do. Schatzanw. II.	6	82,70
Russ.-Egl. Anl. 1822	5	98
do. do. Anl. 1859	3	—
do. do. Anl. 1862	5	99
do. do. von 1870	5	—
do. do. von 1871	5	98
do. do. von 1872	5	98,25
do. do. von 1873	5	98,50
do. Conf.-Obl. 1875	4½	91,60
Russ. Stiegl. 5. Anl.	5	82,70
do. Stiegl. 6. Anl.	5	96,25
do. Präm.-A. 1864	5	180,25
do do von 1866	5	175,25
Russ. Bod.-Crd.-Pfd.	5	86,60
Russ. Central. do.	5	87,50
Russ.-Pol. Schatzobl.	4	—
Pol. Pfd. 3. Em. C.-R	4	—
do. do. do. do.	5	77,25
do. Liquidat.-Br.	4	—
Amerik. Anl. p. 1885	6	99,90
do. 5% Anl.	5	102,25
do. do. p. 1881	6	104,20
Newyork. Stadt-A.	7	102,30
do. Gold-A.	6	101,50
Italienische Rente	5	—
do. Tabaks-Act.	6	505
do. Tabaks-Obl.	6	101,25
Französische Rente	5	105
Raab-Graz.-Pr.-A.	4	72
Rumänische Anleihe	8	94,50
Türk. Anl. v. 1865	5	—
Türk. 6% Anleihe	6	—
Türk. Eisenb.-Loose	3	30,75

Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prioritäts-Actien.

		Div. 1874
Aachen-Mastricht	22,75	1
Bergisch-Märk.	83,90	3
Berlin-Anhalt	105,50	8
Berlin-Dresden	25,20	5
Berlin-Görlitz	38,40	0
do St.-Pr.	82,50	5
Berlin-Hamburg	175,75	10
Berlin. Nordbahn	—	0
Berl.-Psd.-Magd.	81,50	3
Berlin-Stettin	123	—
Bresl. Schw.-Fbg.	77,25	5⅔
Köln-Minden	100,90	6⅜
do. Lit B.	98,75	5
Crf.-Kr.-Kempen	0,90	0
do. St.-Pr.	2	0
Halle-Sorau-Gub.	12,25	0
do. St.-Pr.	24,90	0
Hannover-Altenbek	15,25	0
do. St.-Pr.	35	0
Märkisch-Posen	21,20	0
do. St.-Pr.	71,25	3½
Magdeb.-Halberst.	71	3
do. St.-Pr	62	3½
do. C.	89,90	5
Magdeb.-Leipzig	234,25	14
† do. Lit. B.	96,50	4
Münst.-Ensch. St.-B.	12	0
Niederschl.-Märk.	98	4
Nordhausen-Erfurt	33,25	4
do. St.-Pr.	35,25	0
Oberschl. A. u. C.	140,50	10½
do. Lit. B.	130	10½
Ostpreuß. Südbahn	26,80	0
do. St.-Pr.	75,10	5
Rechte Oderuferb.	102,25	6⅓
do. St.-Pr.	107,50	6⅓
Rheinische	117,25	8
Rhein-Nahe	14,25	0
† Stargard-Posen	101,50	4½
Thüringer	119,10	8½
Tilsit-Insterburg	24,25	0
Weimar-Gera gar.	50,50	2¼
do. St.-Pr.	30	2½
Brest-Grajewo	24,25	—
Brest-Kiew	47	0
Galizier	81,50	6
Gotthardbahn	48	6
† Kronpr. Rud.-B.	44,10	5
Lüttich-Limburg	26	0
Oester.-Franz. St.	449,50	6½
† do. Nordwestb.	216	5
do. B. junge	68,75	5
† Reichenb.-Pardb.	49,50	4½
Rumänische Bahn	19,75	—
do. St.-Pr.	76,75	8
† Russ. Staatsb.	108,30	5⅘
Südösterr. Lomb.	127,50	0
Schweiz. Unionb.	6,75	0
do. Westb.	16,50	0
Warschau-Wien	197,50	—

Ausländische Prioritäts-Obligationen.

Gotthard-Bahn	5	56
† Kaschau-Oderbg.	5	58,30
† Kronpr. Rud.-B.	5	67,20
† Oest.-Fr. Staatsb.	3	316,50
† Südöst. B. Lomb.	3	225
† Südöst. 5% Oblg.	5	74,80
† Oester. Nordwestb.	5	72,50
do. do. B Elbethal	5	59,50
† Ungar. Nordostb.	5	54,40
† Ungar. Ostbahn	5	52
Brest-Grajewo	5	72,50
† Chark.-Azow rtl.	5	95
† Kursk-Charkow	5	94,90
† Kursk-Kiew	5	96,25
† Mosco-Rjäsan	5	99,90
† Mosco-Smolensk	5	95,75
Rybinsk-Bologoye	5	84,80
† Rjäsan-Kozlow	5	96,75
† Warschau-Teresp.	5	—

Bank- und Industrieactien.

		Div. 1874
Berliner Bank	89	0
Berl. Bankverein	81,50	0
Berl. Cassen-Ver.	170	17,7
Berl. Com. (Gec.)	59	2½
Berl. Handels-G.	86	5
Berl. Wechslerbk.	43	0
Bresl. Discontob.	63,25	2
Centralb. f. Bauten	18	0
Ctrb. f. Ind. u. Hnd	68,50	4
Danz. Bankver.	130	0
Danziger Privatb.	118	7
Darmst. Bank	102,25	6
Deutsche Genoss.-B.	90,75	5½
Deutsche Bank	80	3
Dtsch. Eff. u. W.	102,10	6¼
Deutsche Reichs-Bk.	154,75	—
Deutsche Unionb.	76,75	0
Disc.-Command.	110,75	7
Gew.-Br. Schuster	11,90	0
Int. Handelsges.	35,50	0
Königsb. Ver.-B.	81,75	5¼
Meining. Creditb.	78,60	3
Norddeutsche Bank	127	6¾
Oest. Credit-Anst.	228	5
Pr. Bodencr.-Bk.	98,10	8
Pr. Cent. Bd.-Cr.	118	9½
Preuß. Crd.-Anst.	51,50	0
Pom. Rittersch.-B.	125	9½
Schaffhaus. Bnkv.	68	5½
Schles. Bankverein	83	6
Stett. Vereinsbank	86,50	0
Ver.-Bk. Quistorp	4,50	0
Actien d. Colonia	6000	55
Bauverein Passage	24	1
Berl. Bau-B.-Bk.	44	0
Brl. Centralstraße	37,10	3
Deutsche Bauges.	48,50	0
do. Eisnb.-B.-G.	12,40	0
do. Reichs-Cont.	69	4
A. B. Omnibusg.	80	7
Ctr.-F. f. Baumat.	16,75	0
L.-A. f. G. u. W.-A.	6,50	0
Nordd. Pap.-Fabr	11,50	0
Wöhlert Maschinf.	18	5⅘
Westend-Gesellsch.	3,10	0
Baltischer Lloyd	38,25	0
Königsbg. Vulkan	—	0
Münch. Ch. W.	0,10	0
Obrschl. Eisnb.-B.	27,60	0

Berg- u. Hütten-Gesellsch.

		Div. 1874
Dortm. Union Bgb.	6,90	0
Königs- u. Laurah.	58,10	10
Stolberg, Zink	20,60	1
do. St.-Pr.	85,50	6
Victoria-Hütte	29	3

Wechsel-Cours v. 18. Mai.

Amsterdam	8 Tg.	3	169,15
do.	2 Mn.	3	168,40
London	8 Tg.	2	20,40
do.	3 Mn.	2	20,335
Paris	8 Tg.	4	80,95
Belg. Bankpl.	8 Tg.	2½	80,85
do.	2 Mn.	2½	80,55
Wien	8 Tg.	4½	169
do.	2 Mn.	4½	168
Petersburg	3 Wch.	6½	265,80
do.	3 Mn.	6½	262,90
Warschau	8 Tg.	6½	267,80

Sorten.

Louisd'or	—
Dukaten	9,54
Sovereigns	20,35
20-Francs-St.	16,20
Imperials pr. 500 Gr.	—
Dollar	—
Fremde Banknoten	99,83
Oesterreichische Bankn.	169,15
do. Silbergulden	—
Russische Banknoten	269,30

Verantwortlicher Redacteur H. Röckner.
Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.